

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmenpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition über den Tafelaln 80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18698.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends  
(außer Sonnabend).

Inseraten: Inseraten die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilausgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

## Gageskalender.

Der Kampf gegen das persönliche Regiment, den die bürgerlichen Parteien in die Geschäftsaufnahmekommission des Reichstags verlegt hatten, ist dort ohne jedes Ergebnis geblieben.

Die Kieler Wahlrechtsaktion hat mit einer Blamage der Wahlrechtsräuber geendet.

Die Finanzkommission des Reichstags verwies die Tabaksteuervorlage in das Dunkel einer Subkommission.

Aus der Unglücksgehege Radbod sind jetzt die ersten Zeichen gutage-fördert worden.

Der Wiener Reichsrat ist wieder zusammengetreten.

In der französischen Kammer ist das Einkommensteuergegesetz angenommen worden.

## Huch ein Sozialdemokrat.

\* Leipzig, 11. März.

I.

Im Verlage der Münchener Parteibuchhandlung von C. Wirk u. Co. erschien eine Broschüre von Dr. Artur Schulz mit dem etwas länglichen Titel: „Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland. Ein Versuch, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen.“ Der Hinweis, daß es ein Parteiverlag ist, der die Welt mit dieser Broschüre beglückt, ist notwendig, sonst könnte der Leser auf den Gedanken kommen, daß er es mit einem Opus etwa aus dem Lager der Sozialliberalen zu tun hat, denn eine derartig wegwerfende Behandlung des Parteiprogramms der Sozialdemokratie, eine derartige Verunglimpfung der Tradition der Partei und ihrer Vorfämpfer waren wir bisher nur von jener Seite gewöhnt. In dem Waschzettel des Verlages wird behauptet, die Broschüre sei „durchaus wissenschaftlich und objektiv gehalten“ und dazu bestimmt, „die vorhandenen Gegensätze durch eine theoretische Diskussion auf einem höheren Niveau zu erhalten und zu überwinden“. Über das Niveau der Broschüre wollen wir nicht streiten, das mag der Leser beurteilen, der sie kennt. Uns interessiert nur die Frage: hat der Münchener Verlag im Auftrage der Genossen aus Bayern gehandelt, indem er mit seiner Firma den Dr. Artur Schulz deckt oder war das ein Mißverständnis? Die Konsequenzen dieser Frage werden aus unseren Ausführungen klar werden.

Dr. Artur Schulz unternimmt es also, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen zu begründen. Das ist befremdend, denn bisher war ja wohl diese Autonomie innerhalb des Organisationsstatus und des Parteiprogramms niemals bestritten worden. In Nürnberg handelte es sich einfach darum, daß nach der Meinung der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossen, darunter sehr vieler aus Süddeutschland, die Landtagsfraktionen in Bayern und Baden, gegen die Prinzipien und die Disziplin der Partei verstoßen haben, indem sie das Budget bewilligten. Da innerhalb der Partei die Landesorganisationen nicht nur, sondern auch die Provinzialorganisationen autonom sind, hat noch niemand bestritten. Schulz rennt also mit seinem „Versuch“ offene Türen ein. Zu beweisen wäre gewesen, daß die Budgetbewilliger stichhaltige Gründe für ihr Vorgehen hatten, daß dieses Vorgehen nicht gegen das Parteiprogramm und gegen die Beschlüsse der früheren Parteitage, als der höchsten Gipfel der Partei, verstiehen, Beschlüsse, die eben respektiert werden müssen, wenn nicht die Einheit der Partei in Splitter gehen soll. Dieser Beweis ist nicht erbracht worden, weder in Nürnberg noch darüber, und Schulz macht auch nicht den leisen Versuch, ihn beizubringen.

Aber etwas anderes versucht er, nämlich eine Abschaffung des Parteiprogramms. Wenn es nämlich nach ihm ginge, müßten die Sozialdemokraten 1. ihr sozialistisches Programm aufgeben, weil in der Landwirtschaft die sozialistische Wirtschaft eine „Utopie“ ist, 2. für Erhöhung der Röthe auf Fleisch, Bieh, Butter, Milch, Obst, Gemüse, kurz alle Erzeugnisse der Bauerndirtschaft, eintreten, 3. für die Ansiedlungspolitik der preußischen Regierung eintreten, 4. den Eigentumsfanatismus der Kleinbäuerlichen Besitzer unterstützen, 5. die Parlamentstribüne nicht mehr zur Propagierung sozialdemokratischer Grundsätze benützen, 6. den Kampf gegen die Pfaffenherrschaft aufgeben. — Man sieht, bescheiden ist er nicht, der Herr Dr. Schulz, und diese Aufzählung sollte eigentlich genügen. Da er indessen die Sache der süddeutschen Genossen führt und bisher von ihnen nicht desabouiert ist, müssen wir uns eingehender mit ihm befassen.

Vor allem macht er eine Entdeckung: Marx, Engels, Kautsky, Bebel und viele andere sind Ignoranten, denn sie haben die Entwicklung der Industrie zum Ausgangspunkt der Kritik und der Bekämpfung des kapitalistischen Klassenstaates gemacht, während ausschlaggebend die landwirtschaftlichen Zustände und Tendenzen sind. In der Landwirtschaft ist der Sozialismus eine Utopie, wie Herr Dr. Artur Schulz allerdings nicht beweist, aber um so klarer behauptet. Auf diese grundlegende Entdeckung folgt dann die zweite, die sich speziell auf Deutschland bezieht und die lautet: im Südwelt Deutslands ist der „Familienbetrieb“ in der Landwirtschaft vorherrschend, darum sind die süddeutschen Staaten keine Klassenstaaten; diese angebliche süddeutsche Agrarverfassung bringt sie-

haft in die Großgärtnerdistrikte des Nordens und Ostens vor; deshalb hat die Sozialdemokratie ihr Programm nach süddeutschem Muster zu revidieren.

Nun wirkt es einigermaßen komisch, wenn diese Dinge jetzt, in dem Augenblick gepredigt werden, wo die Ergebnisse der neuen Berufszählung veröffentlicht werden, nach denen die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Erwerbstätige und Angehörige) absolut und prozentual rasch zurückgeht. Im Jahr 1882 lebten noch 19,2 Mill. Menschen in Deutschland von Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei, 1907: 17,7 Millionen; im Jahre 1882 waren es 42,51 Prozent der Bevölkerung, 1907: 28,65. Die Landwirtschaft büßt also an sozialer Bedeutung ein, die Entwicklung zum Industriestaat macht reihende Fortschritte und da kommt dieser neu gebaute Theoretiker und macht seine profunden Entdeckungen.

Er operiert mit dem Begriff „landwirtschaftlicher Familienbetrieb“. Wenn das Wort einen Sinn haben soll, bedeutet es einen Betrieb, bei dem eine Bauernfamilie aus dem Betrieb der Landwirtschaft auf eigenem Boden den vollen auskömmlichen Unterhalt erzielt, und daß in diesem Betrieb keine Lohnarbeiter beschäftigt werden. Wenn also der „Familienbetrieb“ typisch für Süddeutschland wäre, dann müßte die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter dort sehr gering sein. Ein Blick in die Tabellen der Berufszählung aber beweist: im Jahre 1895 wurden in der Landwirtschaft gezählt in Bayern Selbstständige 764 000, Lohnarbeiter 1 660 500, in Württemberg Selbstständige 812 000, Lohnarbeiter 512 000, in Baden Selbstständige 288 000, Lohnarbeiter 497 000, in Hessen Selbstständige 125 000, Lohnarbeiter 251 000. Die Zahl der Lohnarbeiter ist doppelt so groß, wie die der Selbstständigen! Dazu kommt, daß viele Tausende von Selbstständigen in der Landwirtschaft noch einen Nebenberuf haben, d. h. daß sie nicht von dem Betrieb ihrer Wirtschaft leben können; zum größten Teil sind sie im Nebenberuf landwirtschaftliche Lohnarbeiter. In Bayern z. B. hatten von jenen 764 000 „Selbstständigen“ nicht weniger als 91 400 einen Nebenberuf.

Der Schulzsche Satz: „die typische landwirtschaftliche Unternehmungsform in Süddeutschland ist der Familienbetrieb“, enthält also eine direkte, grobe Entstellung der Tatsachen.

Um bei der Wahrheit zu bleiben, hätte er nur die bekannte Tatsache wiederholen dürfen, daß Bayern, Württemberg, Baden, Hessen Länder sind, in denen der Bauernbetrieb überwiegt. Daz aber der Bauer bei dem Arbeiter stets als der brutalste Menschenhasser gegolten hat, weiß jedes Kind. Wie trefflich führte doch Uncle, der ein wirklicher Bauer und nicht wie Herr Dr. Schulz ein „Bauer“ aus Ostpreußen war, diese Dinge aus, als er auf dem Parteitag zu Frankfurt sagte:

Wer glaubt, daß es uns je gelingen werde, diese Bauern für uns, die sozialdemokratische Arbeiterpartei gewinnen zu können, der huldigt einem Köhlergläubigen. Diese Gesellschafts-

Er wird es vergessen haben, Herr Kommissar. Es soll geschehen, sobald ich auf bin. Denken Sie doch, was er jetzt zu tun hat, der Arme. Alles macht er, alles. Er sagt die Stuben, er heißt den Ofen, er badet das Kind, er kocht — finden Sie nicht, daß er herzensgut ist?

Herr Lieblich brummte etwas in seinen Bart. Er lehnte mit dem Ohr am Pfosten der Kammertür und horchte auf die helle, klingende Stimme. Hineinzugehen wagte er nicht. „Ich bin kein Unmensch, Frau Lattenbach, aber das mit dem Kind in mir kann ich melden. Und dann seht es ein Strafmandat.“

Ein leises Lachen. „Betreiben Sie sich nicht, Herr Kommissar. Wir können nicht zahlen.“

Herr Lieblich schüttelte den Kopf, entfernte sich vom Türpfosten und stand ratlos in der Stube. Dann setzte er mit einem Ruck die Dienstmütze auf, strich sich vom Spiegel den Schürzbart hoch und trat noch einmal an das Bett des Kindes. Wie immer, wenn er sich in einer Gemeinschaftsbewegung befand, rollte er die Augen, so daß das Weinen erfreulich hervortrat.

Jeremi schrie. Schrie heftig. „Na, sei nur still, armes Wurm.“ Herr Lieblich machte eine Geste der Vergewaltigung und entfernte sich.

„Hat er dich wieder angegrüßt, mein Söhnchen?“ Jeremi schrie trocken, nahm den Kleinen auf und trug ihn zur Mutter: „Gib ihm etwas, Liebste.“

„Sie tat's. Und fragte: „Krieg' ich auch bald?“

„Gleich. Und eine Überraschung steht dir bevor.“

Die Überraschung bestand in einem halben Pfund Kalbfleisch, das, in kleine Stücke geschnitten, in der Suppe schwamm.

Sie aßen gemeinschaftlich. Jeremi saß, den Teller in der einen, den Löffel in der anderen Hand, auf dem Rand des Bettes. „Fühlst du dich noch sehr schwach, Trude?“

## Seuilleton

### Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Prezzang.

Nachdruck verboten.

II.

Der Kleine Jeremi begann zu weinen, als er in seinem Bettchen erwachend, die Bilder hob. Ueber sein winziges, rosiges Gesicht breitete sich breit und rot ein anderes. Ein einem schwarzen Haarwälz, der von einem Ohr zum andern reichte, sah als Zentrum eine violette Nase von ansehnlichen Dimensionen; unter den buschigen, vorspringenden Augenbrauen glühten zwei Pupillen, die den kleinen Jeremi teils neugierig, teils unwillig musterten. Zuweilen zeigte sich erschreckend das rotgeäderte Weisse im Auge.

Das war Kommissar Lieblich, der gleicherweise unter seinem Namen wie unter seinem Ausschen zu leiden hatte.

Jeremi weinte heftiger.

„Gehen Sie da fort,“ sagte der Vater. „Das Kind angstigt sich.“

„Ich tu ihm nichts. Es ist nur meine Pflicht, Herr Jeremi Lattenbach, mich von der Existenz dieses Wurms zu überzeugen. Daran lasse ich mich nicht hindern. Ich habe den Auftrag von meiner vorgesetzten Behörde, ein Auge auf Sie zu haben. Kaum acht Tage sind Sie heraus.“

„Ich verbitte mir das!“

„Gleichviel. Da ist ein neuer Straßall. Oder wollen Sie etwa bestreiten, daß dies da ein Kind ist?“

Hier mußte Jeremias lachen: „Es würde mir einigermaßen schwer fallen, Herr Kommissar Lieblich. Um so mehr, als seine Mutter noch im Wochenbett liegt und ich, wie Sie an diesem Napf und dieser blauen Schürze sehen, im Begriff bin, eine Kartoffelsuppe herzustellen. Wollen Sie Ihr Auge auf dieses Faktum richten und den Vorfall notieren?“ Und Jeremias schälte Kartoffeln.

„Wollen Sie mich verhöhnen, Herr Lattenbach? Nachdem Sie die vorschriftsmäßige Anmeldung dieses Kindes versäumt haben, dürfen Sie etwas entgegenkommender sein. Ich sage: versäumt, nicht: verhöhnen.“

Jeremias schlug sein Kartoffelmesser auf den Tisch und brach in ein dröhrendes Lachen aus.

Der Kommissar zeigte das Weiße im Auge. Er richtete sich straff auf, rückte einen Stuhl an den Tisch, zog Notizbuch und Bleistift und sagte: „Dieses Gelächter nehme ich zu Protokoll.“

Jeremias lachte so heftig, daß er einen Hustenanfall bekam.

„Mias!“ Aus der Kammer flang Trudes Stimme.

„Was tuft du da?“

„Ich lache, Liebste. Hab ich dich aufgeweckt?“

„Nein. Der Hunger wedte mich.“

„Sie hören es, Herr Kommissar Lieblich.“

Der bediente den Bleistift mit den Lippen: „Noch eine Frage: wobon leben Sie jetzt?“

„Bon Kartoffelsuppe.“ Jeremias nahm den Napf mit den geschälten Kartoffeln und ging in die Küche.

Der Kommissar sprang auf und sah ihm entfuhr nach. Dann näherte er sich vorsichtig der Kammertür: „Frau Lattenbach, ich fürchte, Ihrem Mann wird dieser Ton übel bekommen. Er hätte doch alle Ursache.“

„Lassen Sie es seine Sorge sein.“

„Er hat auch das Kind nicht angemeldet.“

sicht ist unzufrieden im höchsten Grade: nirgends wird auf die Steuer- und Militärfreiheit und das Beamtenregiment mehr geschimpft als in diesen Kreisen. Aber die Befreiung, die diese Bauerngruppe anstrebt, sie liegt nicht aus dem Wege der demokratischen Gleichberechtigung oder gar der Vergesellschaftung des Eigentums. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das „jeden Lumpen, der nur hat“, gleichwertig erscheinen lässt mit dem Habschöpfer, ist eine Einrichtung, die die Bauern in tiefster Seele hassen, und genau so denken sie über jeden Versuch, den Privatbesitz an Grund und Boden in gesellschaftlichen Eigenum zuwandeln. Bei den Tagelöhnnern und Knechten, bei den Hofszenzern und Torsiedlern müssen wir anknüpfen, und die jüngeren sich nicht darum, ob dem Minister Müller oder Freiherr das Budget von uns abgelehnt wird. Diese altbayrischen Bauernfeinde haben ganz andere Bestrebungen. Ich war in diesem Sommer in meiner Heimat, im bayrischen Rottal, wo der Bauernbund dominiert, ich habe mit den Stuhen gereitet und mit ihre Forderungen aufschreiben lassen, von denen keine mit den Bestrebungen des Bauernbundes sich deckt. Nur die eine charakteristische Forderung will ich erwähnen: die Bauern sollen verpflichtet sein, ihre kranken Dienstboten mit dem Wagen ins Spital zu bringen, damit sie nicht zu Fuß sich hinzieppen müssen und am Wege liegen bleiben, wie es jetzt geschieht. Die Knechte erheben ihre Forderungen im Gegenzug zu den Bauern.

In jenen Ländern herrscht also nicht der idyllische Zustand, daß die Eigentümer des Bodens sich von ihrer Hände Arbeit ernähren, ohne andere Menschen auszuweisen, sondern es hat hier die Ausbeutung im landwirtschaftlichen Betriebe eine andere Form angenommen, als in Ländern mit vorwiegendem Großgrundbesitz. Die bauerliche Ausbeutung in „Familienbetrieb“ umzudichten, war erst „Sozialisten“ vom Schlag des Arthur Schulz vorbehalten.

Dieses Märchen war nötig, um die horrende Behauptung aufzustellen, daß es in Süddeutschland „unausgleichbare Klassengegnäße auf dem Lande nicht gibt.“ Das aber ist wiederum nötig, um den niedlichen Satz niederzuschreiben zu können:

Die süddeutschen Regierungen werden, anders als die norddeutschen, die sich auf das festgeschmiedete Bindeglied der Großeltern und der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktionssysteme stützen, auch in Zukunft keine reine Klassenherrschaft aufrichten können.

Es dürfte für die Proletarier Bayerns und der übrigen süddeutschen Staaten eine recht neue Entdeckung sein, daß sie nicht im reinen Klassenstaate leben, und einigermaßen verbüffend dürfte es ihnen auch sein, daß der angebliche Sozialdemokrat Arthur Schulz ein Lied anstimmt auf die — süddeutsche Bürokratie! Diese rekrutiert sich nach Schulz „zum großen Teil aus dem Bauerntum oder anderen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital relativ indifferenten mittel- und Kleinbürgerlichen Kreisen“, und ist daher „immerhin befähigter, ihrer idealen Aufgabe, die reinen Staatszwecke wahrzunehmen, und sie nötigenfalls auch gegen die Sonderinteressen der herrschenden Kaste zu vertheidigen, nahezukommen.“ Heilige Einfalt! Das ist geschrieben knapp 14 Jahre nach der Tragödie von Führth, mit üblich, die daraus entstand, daß alle bürgerlichen Behörden, vom Bezirksamt bis zur hohen Regierung, den Freiherrn von Zollern in seinem Bestreben unterstellt, seine „Grundhalden“ wider Recht und Gerechtigkeit zu mäntzieren, bis dann schließlich unter Anführung eines solchen aus dem Bauerntum hervorgegangenen Beamten die Soldatenklaue blutige Arbeit verrichtete. Daniels schreibt Genosse Adolf Müller dieser bayrischen Bürokratie folgendes ins Stammbuch:

„und den breiten Volksmassen hat die Blutlust von Führth allen deutlich den abschüssigen Weg beleuchtet, auf dem die verrotete Verwaltungs- und Polizeiapraxis das Volkswohl zugunsten einer vielbesseren Minderheit in den Abgrund rollen will.“

Ist es seither anders geworden? Die brutale Verherrlichung der streitenden Arbeiter in Führth durch die Polizei vor zwei Jahren gibt die Antwort.

Und erst in den letzten Tagen schrieb die Frankfurter Tagepost bei Gelegenheit des blamablen Falles Hoffmann:

„Es hat sich an einem praktischen Beispiel gezeigt, daß die bayrische Regierung nicht die Einschlafheit und den Mut zur Demokratie besitzt, den man nach früheren Kundgebungen von ihr erwartet durfte. Die Regierung hat mit dem Erfolg (im Falle Hoffmann) das Recht verloren, von einer Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu reden, und alle Ansprüche verwirkt, die allein eine freiheitliche Stellungnahme ergibt.“

Nein, es ist wahrhaftig mit der süddeutschen Bürokratie kein Staat zu machen. Noch weniger mit den süddeutschen bürgerlichen Parteien. Die süddeutschen „Demokraten“ sind der Eckstein des reaktionären Blocks, sie haben lächelnden Mundes den Verrat am Volke beim Vereinsgesetz begangen und sind jetzt drauf und dran, der Regierung die Steuervorlagen zu apporieren. Das Zentrum

„Gar nicht. Ich kann gut aussiechen. Du hältest mich gestern nicht zurückzuhalten brauchen. Heute kannst du machen, was du willst: am Nachmittag kletter ich hinaus.“

„Sei nur recht vorsichtig.“ Sie lächelte ihn an: „Morgen wirst du abgesetzt, miss. Heute will ich mich damit begnügen, am Fenster in der Sonne zu sitzen. Sieh nur, wie prächtig sie scheint. Das ist famos! Du, nimm das Geschirr in acht. Drei Teller sind schon hin.“

„Bier.“ Jeremias balanzierte mit den Tellern zur Tür hinaus. Ein helles Lachen folgte ihm.

Dann hörte Frau Trude, wie er in der Küche herumarbeitete. Sie verschränkte die Arme unter dem Kopf, sah auf den neben ihr schlummernden kleinen und lächelte glücklich. Sie blickte zur Decke auf, wo Sonnenlichter hin und her flatterten, und verfolgte die hellen Flecken mit den Augen.

Am Fenster surrte ein großer blaugefärbter Brummi. Trude erhob sich halb und atmete tief. Dann, mit einer schnellen halben Wendung sah sie auf den Bettrand. Sie dehnte und reckte den schlanken, elastischen Körper und begann, sich anzufleiden. Ein frisches, wohliges Gefühl kam über sie. Eine Leichtigkeit, die sie überraschte und ihre ersten Schritte unsicher machte. Deshalb ging sie, die Hand an der Wand gestützt, einige Male vorsichtig in der Kammer auf und ab. Sie fühlte, wie das Blut lebhafter zu freien begann, wie das Herz in freudige Bewegung geriet und die Pulse klopften. Ihre Wangen röten sich. Ein Lächler, dann ein warmer Schauer lief ihr über den Rücken. Die Schläfen hämmerten, der Kopf begann zu glühen.

als demokratische Partei ansprechen, kann nur der, der wie Arthur Schulz die Pfaffenherrschaft für unantastbar hält.

Schulz behauptet, die Reaktion in Preußen sei eine Folge des Bündnisses zwischen Großgrundbesitzern — das Wort „Zucker“ verbüßt er — und Großindustriellen, in Süddeutschland sei ähnliches nicht zu befürchten, denn es fehle eben der Großgrundbesitz. Nun, Bayern hat seine 44 000 Großbauern, die an Rückständigkeit dem übermächtigen Zucker nichts nachgeben. Sie geben heute der Reaktion in Bayern den Rückhalt, und sie werden sicher in Zukunft noch brutaler und stupider mit steirartigem Verstand jedem sozialen Fortschritt sich entgegenstemmen. Das ist ja eben das Kennzeichen der bayrischen „Demokratie“, daß sie einen allzugroßen Einschlag bürgerlicher Kulturfreundschaft in sich hat. Darauf beruht die Pfaffenpolitik des Zentrums: auf die Großbauern gestützt, trampelt es den Fortschritt nieder und tut als sei es der Träger des Volkswillens. Wenn der Ostpreuße Schulz, der immer von „uns Süddeutschen“ redet, sich Zeit genommen hätte, diese Dinge zu beobachten, bevor er seine Broschüre zusammenstufte, hätte er vielleicht etwas weniger Un-

sern produziert. (Sehr richtig! und hört, hört! links.) Auf den bedenklichen Kanüsch, der in dem Gesetz zu finden ist, hat Kollege Dr. David schon hingewiesen. Nebner empfiehlt die freimaurerischen Abänderungsanträge. (Vorfall bei den Frei.)

Staatssekretär v. Weizmann-Hollweg bittet um Annahme des Antrags Hormann, den 31. Januar als Endtermin der Justierung zu bestimmen. Wählt man den 31. Dezember, so sind viele Winzer genötigt, ihr unverzügliches Produkt frühzeitig zu geringem Preise loszufliegen. Auf das eindringlichste möchte ich vor Annahme des § 6b warnen. (Dieser Paragraph verbietet es, den mit ausländischen Weinen verschnittenen Inlandprodukt deutliche Namen zu geben.) Es würde hierdurch eine Differenzierung in der Behandlung ausländischer Weine geschaffen, die mit dem Geist und dem Buchstaben der Handelsverträge nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! und hört, hört! links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schön warnt ebenfalls eindringlich vor Annahme des § 6b unter Hinweis auf die bestehenden Abkommen mit Italien und Frankreich. In Frankreich, mit dem wir in einem Meistbegünstigungsbereich stehen, hat die beabsichtigte Einführung des Dolarationszwanges für ausländische Weine schon zu großer Erregung geführt. Stellen Sie die Regelungsvorlage wieder her, zumal durch anderweitige Bestimmungen die nationalen Gesichtspunkte genügend gewahrt sind.

Abg. Dr. Blaikenhorn (nat.-lib.) bedauert die ablehnende Regelungserklärung. Der § 6b sei für den deutschen Weinbau von größter Wichtigkeit.

Abg. Stauffer (wirtsch. Bg.) wendet sich gegen den Antrag, die Früchte für die Zuckerrüben bis zum 31. Januar auszudehnen. Die Handelsverträge mit Italien würden durch den § 6b in seiner Weise berührt.

Abg. Naumann (freil. Bg.): Den Antrag Paasche auf Entfernung der Zweckbestimmung aus dem Gesetz bitte ich abzulehnen. Der Grundgedanke des Gesetzes würde dadurch verschwinden. Auch der andre Antrag Paasche ist unannehmbar, die Ausdehnung der Zuckerrüben bis zu einem Viertel würde dahin führen, daß das Getränk bald kein Wein mehr ist. Wie durch die Verschnittbestimmungen das Ausland geschädigt werden soll, ist nicht einzusehen. Nach den Handelsverträgen kann doch ein ausländischer Wein nicht das Recht haben, als deutscher Wein bezeichnet zu werden. Freilich soll das Gesetz nicht an dieser Bestimmung scheitern. (Hört, hört! bei den Soz.)

Das Haus vertagt sich.

Präsident Graf Stolberg schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten, da die Budgetkommission den Tag für ihre Arbeiten wünscht.

Abg. Dahlem (Zentr.) widerspricht dem Vorschlag.

Abg. Lebedour (Soz.): Auch ich bitte, morgen nicht auszutreten. In der Budgetkommission wird überflüssig viel getredet. (Große Heiterkeit.) Die Budgetkommission kann auch auf andre Weise fertig werden, ohne das ganze Haus zum Feiern zu zwingen.

Nachdem die Abgeordneten Erzberger (Zentrum), Baermann (nat.-lib.), Freiherr v. Hartling (Zentr.) den Vorschlag des Präsidenten befürwortet haben, wird dieser Vorschlag mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr. (Weiterberatung des Weingesetzes, Gesetz zur Beseitigung der Doppelbesteuerung.)

## Aus den Reichstagskommisionen.

In der Finanzkommission wurde am Dienstag die Bevölkerung der Tabaksteuervorlage fortgeführt. Der Ministerialdirektor Lühn führte die Bestimmungen der Vanderolesteuer als sehr leicht durchführbar hinzustellen. Nach ihm sprach der Abg. Schmid-Altenburg (freikons.), der aus seiner persönlichen Erfahrung als Zigarrenfabrikant nachwies, daß die Vanderolesteuer außerordentlich gefährlich und schädigend für die Industrie sei. Da jedoch das Reich in einer schweren Finanznot sei, müsse auch die Tabakindustrie etwas an ihrer Änderung beitragen. Die Belastung des Tabaks dürfe aber niemals mehr als 30 Millionen Mark betragen. Hormann (Frei.) erklärt sich ebenfalls gegen die Vanderolesteuer und fragt, warum sie der Spezialkommissar der Regierung, Dr. Lüher, nicht auch hier verteidigte. Daraus ergibt Dr. Lüher das Wort und führt die aus seiner Schrift bekannten Gründe für die Vanderolesteuer an. Er exemplifiziert hauptsächlich auf die amerikanischen Verhältnisse, da dort die Vanderolesteuer eingeführt sei und nach keiner Richtung hin Schaden angerichtet habe. Dr. Conde (nat.-lib.) erwidert dem Spezialkommissar, die Vergleichung der amerikanischen mit den deutschen Verhältnissen treffe in seinem Falle zu. Nebner gibt dann eine Schilderung der Konsumrückgänge im Jahre 1879 nach der damaligen Zollabschaffung. Er verleiht aus einer Deutschröte der Mindener Handelskammer, daß Arbeitserlössen infolge Konsumrückgangs bis zu 20 Prozent vorgenommen seien und auch im Viehsektor sei die Arbeitszeit damals auf halbe Tage beschränkt worden. Auch der Lohn sei um 10 bis 20 Prozent herabgekehrt worden. Erstellt (cont.) tritt noch einmal für höhere Schutz des Tabaks ein. Der Zentrumabgeordnete Sittart wendet sich scharf gegen die Vanderolesteuer. Die Tabakindustrie verdiente wegen ihrer eigenartigen Verhältnisse mehr Rücksicht. Gestage die Regierung, 80 Millionen müssen wir aus der Tabaksteuer haben. Warum hält sie denn nicht an den 40 Millionen Mark Zuckerrüben fest, wenn die Finanzverhältnisse im Reich gar so traurig sind? — Schatzsekretär Sydow erklärt darauf, die Regierung müsse an dieser Steuervorlage festhalten. Wenn man die Tabaksteuer nicht genehmige, werde die Tabakindustrie nicht zur Ruhe kommen.

Kaden (Soz.) erklärt darauf, es sei also auf den Nutzen der Tabakindustrie abgesehen. Aber mancher Minister habe schon gesagt, die Sache werde nicht zur Ruhe kommen und er sei dann noch eher zur Ruhe gekommen. Kaden ging dann näher auf die speziellen Verhältnisse der Tabakindustrie ein. In ihr seien mehrere Tausende von Schwäbischen, Gebrechlichen und Kräppeln beschäftigt. Das Reich wolle Geld haben und vernichte diese Schwäbischen und Gebrechlichen. Wenn es Geld brauche, soll es sich an die bestehenden wenden. Der Schatzsekretär hätte bei den direkten Steuern ebenso forsch aufstreben sollen, wie jetzt bei der Tabaksteuer. Kaden verlangt, daß in der Hauptkommission über die Vanderolesteuer abgestimmt werde und daß diese nicht an eine Subkommission gegeben werde.

Am Mittwoch wurde noch nahezu vier Stunden über die Tabaksteuervorlage beraten. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß die Angaben des Spezialkommissars Dr. Lüher von allen Seiten heftig angegriffen und widerlegt wurden. Besonders die Angaben über die amerikanischen Verhältnisse wurden eingehend von dem Abg. Molkenbuhr widerlegt. Dann drehte sich die Debatte hauptsächlich um die Frage, ob man eine Subkommission wählen solle, der die Vorlage übergeben wird, oder ob direkt eine Abstimmung über den § 2 der Vorlage stattfinden solle.

Am Ende der Beratung lagen mehrere Anträge vor. Der Antrag Weber wollte die sofortige Entscheidung über die Vanderolesteuer herbeiführen. Das Zentrum ließ aber durch den Abg. Speck beantragen, die Entscheidung auszuschieben, eine Subkommission zu wählen und dieser die Vanderolesteuervorlage zu übergeben, sowie auch die weitere Erhöhung, event. Ertrag für die Vanderolesteuer vorzuschlagen oder überhaupt neue Steuerformen für die Besteuerung des Tabaks zu suchen.

Die Abstimmung wurde vom Präsidenten wie folgt vorgenommen: Soll eine Entscheidung getroffen werden über § 2?

Frau Trude tauchte das Gesicht kurz entschlossen in die gefüllte Waschschüssel. Einmal, zweimal. Und während sie sich abtrocknete und das lange blonde Haar lämigte und zu Köpfen flocht, beruhigte sich alles in ihr.

Frisch, elastisch, ganz erfüllt von dem Gefühl der Jugend, freudigen Kraft, trat sie in die Stube. Die war warm und hell und voll von Sonne. Alles stand geordnet an seinem Platz. Kein Staubsstückchen auf den Möbeln, kein Papierstückchen am Boden. Nur in dem Kinderbett lag's bunt durcheinander. Seindchen, Windeln, Kleinen. Sie ordnete alles, ging in die Kammer und holte den kleinen Jeremi, ihn in sein Bettchen zu legen. Er wachte nicht auf.

Frau Trude küßte ihn mit vorsichtigen Lippen und horchte nach der Küche hinaus. Das Geschirrklapper war verstummt, aber ein Feuerhaken stocherte im Herde herum. Domi knarrte die Kaffeemühle.

Der gute Jeremias! Ein großes Glücksgefühl kam über sie. Es wandelte sie die Lust an, zu tanzen. Aber sie hob nur die Arme, setzte sich ans Fenster in die Sonne und begann zu singen. Ein einfaches kleines Lied, von dem sie nicht wußte, woher es ihr gekommen war. Das ihrem innersten Empfinden entsprang und die tiefe fröhliche Zufriedenheit ausströmte, die sie erfüllte. Sie konnte es nicht zurückhalten, was da hinausdrängte in Jubel und Glück und lebensfröhiger Kraft. In vollem, hellem Klingen ging es durch die Wohnung.

„Trudel!“ Fast im Schrei, in erstaunter Freude kam es von der Tür her. Dort stand Jeremias, das Brett mit dem Kaffeegeschirr weit von sich gestreckt, und riß die Augen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Diese Frage wurde in der Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen verneint. Unter den 15 Stimmen befanden sich das Zentrum, die Konservativen, die Freikonservativen und ein Punkt. Dann wurde weiter positiv bestimmt, die Votabstimmung einer Subkommission zu übertragen und dieser die Ermächtigung auszusprechen, weitere Steuerformen zu suchen und zu beraten.

Am Donnerstag beginnt die Beratung über die Viersteuer.

Die Budgetkommission setzte am Dienstag die am Sonnabend begonnene Debatte über die Frage einer Einschränkung des Militärmüllermittelwesens fort. Der Kriegsminister hatte sich heftig gegen alle Bestrebungen auf Herabsetzung der Zahl der Musketen in den Regimentsen gewandt. Das Zentrum war denn auch bis zum Dienstag bereits von seiner ursprünglichen Opposition abgekommen und so wurde ein Antrag, von den geforderten 308 Stabschöffen, 4408 Hobelsteinen und 477 Ballionstambourien 700 als „künftig wegsallende“ zu bezeichnen, gelehnt. Von zwei Kapiteln wurden dann kleinere Summen in Abzug gebracht.

Etwas bedeutsameres gestaltete sich die Aussprache über die Summen, die für Niedrigungen im Gelände, Angriffsübungen und Landungsübungen und Aufklärungsübungen und die damit verbundenen Flurenbeschädigungen verlangt werden. Es handelt sich um die Summe von 225 000 M. Es wurde verschiedentlich behauptet, dass für Flurenbeschädigungen von den Großgruppen bestehenden Forderungen gestellt werden, die ins Absurde gingen. Die Militärverwaltung sei leider viel zu splendorös geworden und behauptet, dass noch besondere Lebungen veranstaltet werden seien, weil die Regimenter Gelder für Flurenbeschädigungen übertragen hätten. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde die ganze Summe bewilligt. Genosse Stilleklen rief die strengen Bestrafungen von Mannschaften des Verlaubtenstandes. Mit dem System, das die Mannschaften des Verlaubtenstandes am Tage der Kontrollversammlung den ganzen Tag unter das Militärgesetz stellt, müsse gebrochen werden. — Nach langerer Debatte fand eine Resolution Annahme, in der gefordert wird, dass in Zukunft statt der Arreststrafen Geldstrafen zulässig sein sollen.

Am Mittwoch setzte die Beratung ein bei dem sehr kostspieligen Kapitel: Bekleidung und Ausstattung der Truppen. Gefordert werden für persönliche und sachliche Kosten 34 400 000 M. Während vom Zentrum der Wert der Bekleidungskämter bezweifelt und deren allmäßliche Abschaffung empfohlen wird, tritt der General v. Kochow entschieden für die Bekleidungskämter ein. Sie hätten sich glänzend bewährt und produzierten wesentlich billiger als Privunternehmer. v. Kochow gab folgende interessante Gegenüberstellung über die Kosten der vollständigen Bekleidung eines Soldaten einschließlich einem Paar Schuhe:

Infanterist	Husar	Gebirgssoldat	
Durch die Bekleidungskämter	75.01 M.	81.65 M.	79.17 M.
Durch Privunternehmer	92.82	98.84	94.18

Genosse Noelle sprach sich für die Beibehaltung der Bekleidungskämter aus. Diese arbeiten rationeller, als die privaten kleinen Betriebe. Aber auch aus anderen Gründen sei ihre Beibehaltung erwünscht. Die Abgabe der Arbeit an Kleinmeister bedeute eine Förderung des Elends in der Heimindustrie. Der Abgeordnete Liebert bestätigte diese Angaben ausdrücklich. Heftig debattiert wurde bei dem Titel: Beschaffung des Bedarfs an Tuch, Seilen und Baumwollstoffen; gefordert werden dafür 11 800 000 M. Da die Preise für die erwähnten Stoffe wesentlich gesunken sind, werden nach stundenlanger Debatte Abstriche in der Höhe von 220 000 M. gemacht. Angenommen wird ferner eine Resolution, in der der Wunsch ausgesprochen wird, dass die Arbeits- und Lieferungsvergebungen durch die Reichsministerverwaltung künftig nicht mehr nach dem bisher angewandten Mittelpreisverfahren stattfinden mögen. Zu lebhafteren Debatten kam es dann noch bei dem Kapitel: Handverlusten und Ankauf von Remontepferden.

#### Vorbericht der Verhandlungen am Donnerstag.

Die Kommission für die Zivilprozeßnovelle beendete am Dienstag die zweite Lesung, ohne dass wesentliche Änderungen beschlossen worden wären. Die Pauschal-Schreibgeldhöhe, gegen die sich die Anwaltschaften besonders einbringslich gewandt haben, weil sie Entlastungen befürchteten, wurde mit kleinen Verbesserungen angenommen. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsleute angenommen.

Eine von den Genossen Frank und Heine beantragte Resolution, die eine Abschrägung der jetzt für Rechtsanwälte geltenden 30-jährigen Verschöpfungsfrist der Ansprüche aus Beauftragung forderte, fand einstimmige Annahme. Der Staatssekretär sagte zu, dass im nächsten Winter bei der in Aussicht stehenden Reform der Rechtsanwaltsordnung dieser Wunsch Berücksichtigung findet.

Die Arbeitskammerkommission erlebte die Paragraphen der Vorlage über das Wahlverfahren und die Dauer der Wahlperiode. Ein Antrag unserer Genossen, den Sonntag obligatorisch als Wahltag zu bestimmen und die Wahlzeit so festzulegen, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl ermöglicht wird, wurde abgelehnt. Ein Antrag Naumann, von einer Wahlhandlung abzusehen, wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht ist, fand Annahme. — Der § 18 der Vorlage trifft Anordnungen über die Aufstellung von Wählerlisten, für die die Polizeibehörden und Krankenkassen die erforderlichen Auskünfte geben sollen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, dass auch die Unternehmer verpflichtet sein sollen, über die Art ihres Gewerbebetriebes und über die Beschäftigungsart der beschäftigten Arbeiter auf Verlangen Auskunft zu ertheilen. Nach langerer Debatte, in der sich insbesondere ein Regierungsrat gegen die erhobenen Forderungen erklärt, wurde der Antrag angenommen. Andere sozialdemokratische Abänderungsanträge, von denen einer den Arbeitskammern die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Wahlen übertragen will, der zweite an Stelle der sechsjährigen dreijährige Wahlperiode fordert und der dritte den Arbeitskammern die Entscheidung darüber übertragen will, unter welchen Umständen ein Mitglied der Kammer aufzuscheiden hat, wurden sämtlich abgelehnt.

Die Kommission zur Beratung der Generalsekretärinnovelle verhandelte am Dienstag über die Einführung der Handelsinspektoren im Handelsgewerbe. Sowohl von unseren Parteigenossen wie auch von dem Abg. Schack (wirks. B.) wird die Einführung der Handelsinspektoren verlangt. Unsere Genossen beantragen ferner, dass auch das Transportgewerbe unter die Aufsicht der Gewerbeinspektion gestellt wird. Von den Regierungsvorstattern wird erklärt, dass die Anträge unannehmbar sind. Ein Antrag Hilde (Zent.) will die Gewerbeinspektion auf das Handelsgewerbe ausdehnen; es sollen zu dieser Inspektion zunächst Beamte herangezogen werden, die mit dem Handelsgewerbe vertraut sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schack von dem Zentrum, den Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt, desgleichen der Antrag unserer Parteigenossen, für den nur unsere Genossen stimmen. Der Antrag Hilde wird einstimmig angenommen.

Zur Beratung gelangt nunmehr ein Antrag Schack, der in § 120c für die Angestellten öffener Verkaufsstellen eine zwölfjährige Ruhezeit und für weibliche Angestellte eine vierzehnjährige Ruhezeit fordert. Für männliche Gehilfen und Gehilfinnen unter 18 Jahren soll eine Ruhezeit von 18 Stunden festgestellt werden. Unsere Genossen beantragen eine vierzehnjährige Ruhezeit allgemein und auch für Kontor- und Schreib-

stuben. Ein Antrag Behrens (wirks. B.) will die Ruhezeit auch den Arbeitnehmerinnen gewähren, die in Krankenbetrieben, die mit einem Ladengeschäft verbunden sind, beschäftigt werden. Die Abstimmung über die Anträge wird erst in der nächsten Sitzung am Donnerstag erfolgen.

## Hus der Partei.

A. Parteisekretär Schäfer-Mannheim starb am Dienstag an den Folgen einer Alkoholarmamentstzung. Schäfer, der als junger Genosse unter den Geächteten des Sozialistengesetzes bei der Wehrmachtsausweitung in Frankfurt a. M. in die Fremde getrieben wurde, war ein außerordentlich tüchtiger und gewissenhafter Vertreter seines Sekretariats. Er gehörte früher schon und im letzten Jahre des Krieges dem Bahnvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens an. Eine Witwe und mehrere Kinder verlieren einen besorgten Familienvater, die Partei Badens einen ihrer besten Organisatoren.

k. Zur Malteser. Eine von etwa 600 Mitgliedern besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Dübeck beschloss nach mehrstündigem eingehender Debatte, den 1. Mai in der althergebrachten Form durch Arbeitsruhe zu begehen. Es findet, wie bisher, vormittags eine Festfeier und nachmittags ein Festzug mit Musik und Fahnen von der Stadt nach einem Vorort statt. Ein Antrag, von einer allgemeinen Arbeitsruhe abzusehen und die Feier am Abend durch zwei große Demonstrationssitzungen zu ersetzen, wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Die Metallarbeiter haben die Arbeitsruhe verteidigt.

Alagwiltige Reichsverbandler. Genosse Brenner vom Braunschweiger Volkstreff wurde vom Strafgericht Braunschweig wegen Beleidigung der Strohsburger Reichsverbandler Dr. Snelkert und Militär-Bauinspektor Stegmann zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Bereits im Januar fand ein Termin in dieser Sache statt, in dem jedoch die Richter als befangen abgelehnt wurden, weil sie Mitglieder des Reichsverbandes sind. Diese Ungehörigkeit zum Verband konnte zwar nicht in Abrede gestellt werden, allein das Landgericht, auf welcher gesetzliche Beschwerde auch das Oberlandesgericht, erklärten, dass daraus keine Belangenheit (I) des Richters und der Schöffen hergeleitet werden könne. Das Strafgericht billigte dem Genossen Brenner den Schutz des § 193 des R.-St.-G.-B. in vollem Umfang zu und erkannte nur wegen formaler Beleidigung auf die vorbenannte Geldstrafe. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

## Soziale Rundschau.

### Krise, Krankenkassen und Arztrechte.

Neben den Gewerkschaften sind es hauptsächlich die Krankenkassen, die die Kosten für die Opfer der wirtschaftlichen Depression zu tragen haben.

In der Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu Offenbach a. M. wurde bekannt gegeben, dass sich das Vermögen der Kasse 1908 um 20 000 Mark vermindert hat, und dass ein Defizit von 90 000 M. vorhanden ist. Für ärztliche Behandlung sind pro Mitglied durchschnittlich 4 M. für Heilmittel 245 M. und für Krankengeld 21.28 M. ausgegeben worden. Bemängelt wurde in der Versammlung, dass man trotz des schlechten Standes der Kasse den Arzten extra 8000 Mark „Liebesgaben“ bewilligt habe.

Auffällig darüber, wie die Arzte dazu kommen, sich in der Not um die Erhaltung ihrer Existenz an die Krankenkassen zu klammern, gibt eine Warnung an die Abiturienten der höheren Lehranstalten vor dem ärztlichen Beruf. Allgemein wird darauf hingewiesen, dass im Wintersemester 1905/06 8000 Studenten der Medizin vorhanden waren. Im Winter 1908/09 betrug ihre Zahl 8500, sie hatte sich in drei Jahren um 8 Proz. vermehrt. Hessen hatte 1898 886 000 Einwohner und 846 Arzte = 1 auf 2710. 1908 hatte Hessen 1 209 000 Einwohner und 896 Arzte = 1 auf 1750. Während die Bevölkerung sich um 20 Proz. vermehrt, stieg die Zahl der Arzte um 100 Proz. Da die Arbeiterschaft den Löwenanteil des Beitrags für den Unterhalt dieser Bevölkerung des Arztesstandes zu tragen hat, ist klar. Nach der neuesten Steuerstatistik hatte Hessen 882 000 steuerpflichtige Einwohner. Davon hatten 800 000 oder 85 Proz. unter 2000 M. Einkommen und 250 000 gehörten den etwa 1000 geistlichen Krankenkassen an. Die Klagen über immer mehr sich steigernde Forderungen der Arzte wollen nicht verstummen. Betrachtet man obige Zahlen über die Vermehrung der Arzte, werden die Forderungen menschlich begreiflich. Sie sind aber durchaus deplaciert, wenn sie sich in Zeiten der Not und wirtschaftlicher Krise gegen die hart bedrängten Krankenkassen der Arbeiter richten.

### Die Klage der Witwen von Radbod.

Am 6. März haben acht Witwen der bei der Radbod-Katastrophe verunglückten Bergarbeiter beim Landgericht Dortmund die Klage eingereicht. Die Witwen handeln im Auftrage der letzten Witwenversammlung, die von etwa fünf Schwestern der gesamten Witwen besucht war. Die Klage richtet sich gegen das Hammer Hilfskomitee, an dessen Spitze der Oberbürgermeister von Hamm steht. Dieses Komitee bildete sich unmittelbar nach der Katastrophe und sammelte dann 1½ Millionen, die es dann an das Zentral-Hilfskomitee, das vom Oberpräsidenten geleitet wird, abfließte. Das Zentralkomitee hat aus der Spende eine Rente festgesetzt, nach der jede Witwe monatlich 12,50 M. und ferner jedes Kind 6,25 M. erhält. Ausbezahlt ist heute, vier Monate nach dem Unglück, bis auf eine Weihnachtsunterstützung noch nichts. Die Witwen, die zum Teil nur eine Rente von 1 M. pro Tag bezahlen, halten die Rentenfestsetzung des Zentralkomites für ungereicht. Sie fordern in ihrer Klage entweder die volle Auszahlung der ganzen Spende oder eine derartige Erhöhung der Rente, dass während der normalen Lebensdauer der Hinterbliebenen das Kapital aufgezehrt wird. Wie die Klage ausführt, würde nach der Rentenfestsetzung des Zentralkomites noch das volle Kapital vorhanden sein, wenn die Hinterbliebenen verstorben sind. Nach der Sache, so heißt es in der Klage weiter, insbesondere auch nach dem Inhalte des von dem Hammer Komitee erlassenen Auftrages, kann es keinen Zweifel unterliegen, dass es die Absicht der Spender gewesen ist, Gelder zu geben, die unverzerrt an die Hinterbliebenen verteilt werden sollten. Nach der Bergarbeiterfahrt hat kein Spender daran gedacht, den Hinterbliebenen nur die Rente und gesammelten Beträge zu können zu lassen, es sollte vielmehr die augenblickliche Not durch sofortige Maßnahmen gelindert werden. Die von dem Komitee beabsichtigte Verteilung der Spende entspricht also sicherlich dem zu vermutenden Willen der Gabe nicht. Die Spender werden gewollt haben, dass die gespendete Wehrmachtsförderung, sei es in Teilszahlungen oder in irgend einer anderen Form, jedenfalls aber unverzerrt, den Hinterbliebenen zugute zu ziehen. Darum fordert der Klageantrag in erster Linie die Auszahlung der Gelder, während der Eventualaufruf den Standpunkt vertritt, da die Sammler mindestens verpflichtet sind, Kapital und Rente der eingezogenen Gelder den Hinterbliebenen unverzerrt zuzulassen zu lassen und nicht für Zwecke zu verwenden, an die die Spender gar nicht gedacht haben können.

Radbod. In der Sache Radbod sind gestern militärische ersten Leichen der verunglückten Bergleute geborgen worden. Die Bergfahrt der zweiten Söhle, auf der eine Anzahl Leichen liegen, wurde im Beisein des Untersuchungsrichters und des Staatsanwalts vorgenommen. — Die Bergung der Leichen wird morgen fortgesetzt.

**Die Schuldigen.** Die Versuche der Becherverwaltung, die gravierenden Angaben des Radbod-Delegierten auf dem Bergarbeiterkongress zu bestreiten, haben einem Bergmann, der mit zur ersten Bergungscolonne gehörte, veranlasst, in einem Brief an die Bergarbeiterzeitung die bestrittenen Angaben als interessant zu bestätigen. So wird z. B. die Behauptung der Verwaltung, sie habe für eine besonders zuverlässige Weiterleitung Sorge getragen, in dem Brief durch folgende Sätze illustriert: „Wie zuversichtlich Beamte aber waren, zeigt, dass solche, wenn sie die Orte bestreift, einfach auf der Tasche nur das Datum umschreiben, den Vermerk „rein“ aber stehen ließen. Nach Weitern war aber nicht kontrolliert worden. Ich hatte weiter vor Ort stehen: Weitern kontrollierte habe ich nicht gekannt.“ Und an anderer Stelle des Schreibens heißt es: „Dann will die Becherverwaltung den Beweis führen, dass der Schacht am Unglücksstange um 1,7 Uhr früh wieder fahrbare gewesen sei.“ Auch hier hier Thomas Reck, wenn er sagte, dass der Schacht wegen des fehlenden Motors erst um 1,9 Uhr fahrbare wurde. Ich selbst bin um diese Zeit mit den ersten Bergungsmaßnahmen eingefahren. Der Weitern bestätigt den Schreiber des Briefes, dass es am 11. November tatsächlich vor Ort gebrannt hat, wofür er noch mehrere Zeugen benennen könnte.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Über die Situation des Weberstreiks im Eulengebirge.

Treu und mit großer Zuversicht stehen die um ihre Existenz ringenden Weber und Webereien der Vereinigten Hüttenwerke vorwärts. Beide sind die Firma bis zur Stunde noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen der Streikenden wanten zu machen. Durch die Bildung der Hüttenarbeiter, hat sich die Zahl der Streikenden und Ausgegrenzten auf 500 Personen erhöht. Die bisherigen Verbände sind durch Widerstand der Firma abgedroschen worden. Die noch im Betrieb befindlichen Webereiaufsteller verloren am 8. März die Firma auf Grund des alten Lohnarbeitsvertrags zur Verhandlung zu bewegen. Die Vertreter der Firma sagten zu, nur verlangten sie, dass die Arbeiter gegebene Vorholze machen sollten. Der Streikleiter ist es mit vieler Mühe gelungen, die Webir dahin zu bringen, dass der Betrieb gefahrt wurde, in eine Lohnförmung von 10 Pf. pro Stück zu bewilligen. Da nun 3 bis 4 Stück pro Woche gewebt werden können, so hätte die Lohnförmung immer noch pro Woche bis zu 40 Pf. betragen. Für die Firma wäre also immer noch die ertümliche Summe von über 6000 Mark pro Jahr als Extraprofit heraus geschlagen worden. Das Anrechnen der Arbeiter wurde von der Firma hohnlachend zurück gewiesen. Mit der ihm eigenen Prahligkeit erklärte Herr Vollrich, dass solche sich nicht. Wegen solcher Pappalle hätten wir den Streik gar nicht erst anfangen. Also jetzt ist es heraus. Es lohnt sich nicht. Ein törichtes Gefühl! Auf Grund des alten Lohnarbeitsvertrags werde überhaupt nicht verhandelt. Auch auf Grund des neuen Lohnarbeitsvertrags könnten keine weiteren Zusagen getroffen werden. Es soll also bei der vorliegenden Lohnförmung von über 8 Pf. pro Woche und Arbeiter bleiben. Der Versuch der Webereiaufsteller, den Frieden herzuführen, war also an der Horizontlinie des Herren Unternehmers gescheitert. Sonnabend, den 8. März, stand die Firma drei Aufsehern, dem Blattschreiber sowie einem Warenbeschauer und dem Expedienten, weil deren Hause nicht als Streifreie in die Fabrik kommen. Über die Ebene der übrigen Webereiaufsteller ist es gelang, dass Solidaritätsgefühl bewirkte auch hier Wunder. Auf den einmütigen Protest, dass einer für alle und alle für einen ständen, wurde die Räumung wieder zurückgenommen. Des Weiteren wurde den Arbeitern der Firma Gelegenheit in Weißborsig zum Ausmarsch zu machen. Mit eiserner Einmütigkeit erklärten diese Arbeiter, auf keinen Fall Streikarbeit zu machen. Nach wie vor ist also die Situation für die Ausständigen günstig. An der Solidarität und dem Opfermut der Arbeiterschaft müssen die Machtgüter der Unternehmer zu schanden werden. M. Sch.

**Das Ende des Dresdenischen Zigarrenarbeiterstreiks.** Der Zigarrenarbeiterausschuss bei der Firma Gebr. Seidler in Dresden in zugunsten der Arbeiter beendet worden. Das gemahnte Mitglied des Arbeiterausschusses wurde mit vollen Rechten wieder aufgenommen, ebenso sollen sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

**Achtung, Formier.** In Uckermark treten die Formier und Gieherarbeiter wegen Lohnkürzung. Zugang ist fernzuhalten.

## Lebte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 11. März. Dem Berliner Tageblatt meldet ein Privattelegramm aus Newport: Der Chicagoer Kunstdreher, an den der Standardoil-Prozess nach Aufhebung der 29-Millionen-Dollarstrafe zurückverwiesen worden war, wies die Geschworenen an, ein freies Sprichwort abzugeben; nur zwei unwichtige Anklagepunkte bleibten in der Schwere. Die Generalversammlung der Pennsylvania-Railway beschloss, dem Direktorium die Emission von 80 Mill. Dollar Bonds zu empfehlen.

Besgrab, 11. März. Die Befürderungsdepesche, welche der Minister des Innern, Milovanowitsch, gestern nachmittag den serbischen Gesandtschaften in Petersburg, Berlin, London, Paris, Wien, Rom und Konstantinopel übermittelte, lautet folgendermassen: Den freundlich-sympathischen Anschlüssen der Kaiserlich russischen Regierung entsprechend, berichtet sich die königlich serbische Regierung. Ihnen folgende Erklärung mit der Bitte zu übermitteln, sie der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, bekannt geben zu wollen. Von der Ansicht ausgehend, dass die rechtliche Lage Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn nach der Proklamation der Union von Bosniens und der Herzegowina normal geblieben ist, hat Serbien wieder die Absicht, einen Krieg mit der benachbarten Monarchie zu provozieren, noch wünscht es seine rechtlichen Beziehungen zu derselben zu ändern, indem es fortfährt, auf Grund der Gegenfeindschaft seine nachbarlichen Pflichten zu erfüllen und mit ihr in der Vergangenheit gehabten Beziehungen zu unterhalten, die den gegenseitigen materiellen Interessen entsprangen. Im Geiste des Standpunktes, dem sich Serbien stets untergeordnet hat, dass die bosnisch-herzegowinische Frage eine europäische Frage ist, und dass es den Signatarmächten des Berliner Vertrages zukommt, sowohl über die Union, wie über die neue Redaktion des Artikels 25 des Berliner Vertrages die Entscheidung zu fällen, überträgt Serbien auf die Weisheit und die Gerechtigkeit der Mächte vertraut, seine Sache ohne Reserve ihnen als den kompetenten Richtern und verlangt bei diesem Anlass von Österreich-Ungarn keine Entschädigung, weder territoriale noch politische, noch ökonomische.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Bahrdt in Gotha-Leipzig.

Verantwortlich für den Inserenteil: Friedrich Biller in Werdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengesellschaft.

Diese Nummer umfasst 14 Seiten.

Ortsverein  
**Plagwitz-Lindenau-Schleußig**

XIII. sächsischer Reichstags-Wahlkreis.

Bibliothek  
Bindenau, Mercedesstr.  
Straße 45.  
Über 4000 Bände.

Bei Veranstaltungen u. Versammlungen  
des Vereins ist die Bibliothek geschlossen.

Geschlossen von Dienstag bis  
Sonntagnachmittag ab 8-10 Uhr,  
Sonntags 10-12 Uhr; die  
anderen Mittwochen u. Sonn-  
abends von 2 bis 4 Uhr.

**Oeffentliche politische Versammlung.**

Dienstag, den 16. März, abends 1/2, 9 Uhr

**Grosse öffentl. Versammlung**  
im Saale des Felsenkeller, Plagwitz.

Tagesordnung:

1. Die Frau im Emanzipationskampf der Arbeiterschaft.  
Referentin: Frau Anna Gradnauer, Dresden.

2. Freie Aussprache hierzu.

Die Arbeiterinnen und Frauen der Arbeiter sind hierzu besonders eingeladen.

Der Vorstand.

J. H. Karl Franke, L.-Schleußig, Jahnstr. 9, pt.

Geschäftsstelle:  
Möbelhaus, Zillerstr.  
Gt. 82, Port. rechts,  
S. I. Telefon. 12140.

**Zentralverband der Schmiede**

Zahlstelle Leipzig.

Geschäftsstelle:  
vermittags 8-9 Uhr  
mittags 12-1 Uhr  
abends 5-8 Uhr.

Sonnabend, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Basner, Berlin, über: Die deutsche Arbeiterbewegung.
2. Bericht des Kartell-Delegierten.
3. Gewerkschaftliches.

Vollständiges und plakatives Erheben erwartet.

Die Ortsverwaltung.

**Gemeinverständliche Vorträge über Gesundheitswesen**

Der nächste **Vortrag** findet **morgen** Freitag, 12. März,  
abends 8 Uhr, im **Schloßkeller**, Dresdner Straße 58, statt.

**Herr Dr. med. Buchbinder**

wird über:

**Entstehung und Verhütung von Infektionskrankheiten**

sprechen.

Eintrittskarten sind unentbehrlich im Bureau der Ortskrankenkasse, im Arbeiterssekretariat und bei den Gewerkschaftsvorständen zu haben.

Der Vorstand

der Ortskrankenkasse.

Der Vorstand

des Gewerkschaftskartells.

**Verein d. Hausangestellten**

Sonnabend, den 18. März, 1909

**2. Stiftungsfest**

im grossen Saale des Volkshauses  
unter Mithilfe des Arbeiter-Turnvereins und des  
Radfahrervereins Solidarität, L.-Ost.

Anfang 8 Uhr.

Programm im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.

**Turnverein Eiche, Leipzig**

M. d. A.-Z.-B.

Sonnabend, den 20. März, 1909

**Frühjahrs-Vergnügen**

im großen Saale des  
Volkshauses, Zeitzer Straße  
bestehend in Konzert, Turnen (hen und humoristischen  
Aufführungen sowie **BALL** unter Mithilfe der  
freien Mußvereinigung.

Einfahrt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende ??  
Programm im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.

zahlreichen Besuch wünscht Der Turnrat.

**Markranstädt.**

Sonntag, den 14. März, 1909

**10. Stiftungs-Fest**

des Fabrikarbeiterverbandes  
im Saale des **Thüringer Hofes**  
befindlich in Ritterode und **BALL**.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Eintritt ergeht ein Die Ortsverwaltung.

Hierdurch mache die ergebene Anzeige, daß ich in  
Schleußig, Jahnstraße 23, an der Rückseite, ein  
**Zigaretten-Spezial-Geschäft**  
eröffnet habe und bitte die Leiter dieses Blattes um gütige  
Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll C. Vogel.

**Zahn-Atelier**

Fernspr. 9838. B. Massloff Königstr. 4, I.

Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.

Spez. für Nervöse u. Schwache sehr zu empfehlen.

Neben mein schmerzloses Verfahren liegen viele Anerkennungs-  
schreiben im Atelier aus.

Zahn-Erfolg sowie Blombe unter Garantie.

**Zigarren, Zigaretten**

und Tabak empfohlen [5727]

E. Krübler, 2. Plagwitz  
Böhmerstraße 44.

Filiale: 2. Lindenau, Mercedesstr. 80, neben Bäuerlein Jahn.

NB. Abonnee ist a. b. Vollzugs-

werden jederzeit entgegen genommen.

**Neugebauer**

ab, geb. (nicht approb.) Praktizant

(fr. an Dr. W. Schwaben-Böhl), be-

handl. n. homöopath. u. Lichthelioverf

Geschlechts-, Haut-,

Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-,

Drüsenselb., Influenza, Rheumatis-

ischias, Gicht, Wasserbrüche. —

Neu! Spiegel-Sichtbehältni. u.

Frauenleibn. belaub. Weißlich-

Langjähr. Erfahrung, vor. Erfolge.

Klostergasse 2/4, Fahrstuhlm Hause,

Sprechst.: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1,

Elekt. Lichtbäder, Sonnt. 9-1,

Damen modentags 10-12, 3-6.

Richard Lange

**Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.**

E. G. mit beschränkter Haftpflicht.

**Die Zinsscheine Nr. 17**, zahlbar den 31. März 1909 und  
**Nr. 5**, zahlbar den 1. April 1909, unserer 4 1/2 % Tellobligationen,  
können von heute ab an unserer Kasse und der Kasse der  
Filiale der Deutschen Bank zu Leipzig zur Einlösung vorgelegt  
werden.

Leipzig-Plagwitz, den 9. März 1909.

**Der Vorstand.**

[8938]



**Konfirmanden-Anzüge**

**Prüfungs-Anzüge**

in unerreichter Auswahl

und sorgfältiger Ausführung

zu erdenklich billigen Preisen:

21.50 18.00 15.00 12.50 7.50

**D. Jackson**

neben Restaur. z. Schultheiss. gegenüber Ecke Albertstr.

Zeitzer Str. 6B gegenläufig

gegenüber d. Hainstraße.

**Ausverkauf** :: zu staunend :: billigen Preisen.

**Gardinen** größte Auswahl, prachtv. Muster, früher 35 Pfg.

bis Mk. 2.—, jetzt 22 Pfg. bis Mk. 1.50.

**Abgeh. Fenster** v. Mk. 1.50 b. Mk. 10.— Reste von 1 bis 4 Fenster noch besond. billig.

**Stores** von Mk. 1.50, Vorlagen von 25 Pfg. an.

**Brühl 5** Karl Köhler Brühl 5

gegenüber d. Hainstraße.

**Zigaretten-Fabrik-Niederlage**

Julius Köthe, Leipzig-R.

Josephinenstraße 13.

Verkauf nur in Packung v. 100 S. d.

an zu Engros-Preisen.

Wiederverkäufer beacht.

**Zahn-Atelier**

Amalie Plüsser

Sidonienstr. 15, II., Ecke Bayer. Str.

Rückt. Säone v. 1.25. Blumen

v. 1.4 an. Schön. Behandlung.

Filiale: Plagw., Sachsenstr. 37, II.

**Familienanzeigen.**

Für die liebvolle Teilnahme beim Begräbnis meiner innig geliebten Tochter, Frau

Elsa Hofmann geb. Löbel

lasse allen Verwandten, Freunden sowie ihren Mitarbeiterinnen herzlichen Dank. Belohnen Dank Herrn Heinemann für die trostreichen Worte am Grabe sowie auch der Firma Feis Schuh jun. und deren gesamten Beamten und Geschäftspersonal für die überaus reiche Blumenpende.

Lindenau u. Zwönitz, 9. März 1909.

Der liebende Gatte Alfred Hofmann

nebst Hinterbliebenen.

Für die überaus wohltuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme,

welche uns beim Heimgang unserer lieben Mutter u. Schwester

Grau Emille verw. Steinbach

zute geworden sind, sagen wir allen unsern aufrichtigen Dank. Besonderen Dank dem Gesangverein Einigkeit, L.-Ost

für den erhebenden Gefang am Grabe.

Reudnitz, 10. Februar 1909.

E. Schmidt u. Frau

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Heute früh 8 1/2 Uhr verließ nach längerem Leben meine

liebe Frau, unsere gute unvergängliche Mutter, Frau

Elisabeth Hertel geb. Drantz

im 50. Lebensjahr, was wir allen Verwandten und Bekannten

hier durch schwererfüllt anzeigen.

Lindenau, Gutsmühlestr. 89, IV.

Karl Hertel nebst Kindern

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Begräbung Sonnabend, 11 Uhr, vom Trauerhause auf.

8947] Reformhaus Thalysia

Zentral-Neum. 40, Süd: Söder 38, Pl.

Laucholdstr. 11, Lü. (Dämmeringstr. 21, Ge.) Hallesches St. B. Schiebestr. 3, Vo. Eisenbahnh. St. Th. St. Süderstr. 23, Rd. Unt. Münsterstr. 10b, St. L. Lichtenstr. 20, Dönhofstr. 20, Dönhofstr.

Billige Briketts

liebert

[8880]

# 1. Beilage zu Nr. 57 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 11. März 1909.

## Politische Uebericht.

Das Ende des Kampfes gegen das persönliche Regiment.

Als im Dezember vorigen Jahres im Reichstage Konten gegen das persönliche Regiment verlangt wurden, erhöhte der Reichstag die Geschäftsausordnungskommission auf 28 Mitglieder, die die eingegangenen Anträge prüfen und verarbeiten sollte. Den Vorschlag der Sozialdemokraten, die Anträge auf Aenderung der Geschäftsausordnung der schon bestehenden Geschäftsausordnungskommission zu überweisen, die eigentlichen Verfassungsanträge aber einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen, lehnte die bürgerliche Mehrheit ausdrücklich ab, obwohl der sozialdemokratische Redner ausdrücklich darauf hinwies, daß die Geschäftsausordnungskommissionen nicht erledigt sein könnten, so gering seien sie ihrem Umfang nach, und so einheitlich hätten sich alle Parteien über sie ausgeprochen. Als es bei der Durchsetzung des Bollstorfs im Dezember 1902 der bürgerlichen Mehrheit darauf ankam, die sozialdemokratische Minderheit zu verteidigen, da wurde die Geschäftsausordnungskommission in wenigen Stunden geändert. Damals schrieben wir zu diesem Beschuß:

Damit hat diese Mehrheit deutlich dokumentiert, daß es ihr auss reden, aber nicht auss handeln kommt, daß sie dem Kampf mit dem persönlichen Regiment ausweichen will.

Damals wurde das als schöne sozialdemokratische „Hege“ bezeichnet. Wurde doch Herr Jung, das Juwel aus Leipzig, zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt, womit denn jede Zweifel an der Arbeitsfreudigkeit der Kommission und der Ehrlichkeit ihrer Absichten zu Boden geschlagen waren. Hatte doch Herr Jung selber im Plenum sich mit aller Kraft für die Reform der Geschäftsausordnung ins Zeug gelegt.

Inzwischen hat sich herausgestellt, wie berechtigt unsere Auffassung war. Über drei Monate wurde in dieser Kommission herumgewirkt, die Hauptarbeit wurde durch die Annahme von Vertragungsanträgen geleistet, bis dann schließlich vorgestern die Kommission am Ziel ihrer Wünsche stand und mit einer aus konservativen, Zentrum und Nationalliberalen bestehenden Mehrheit beschloß: alles bleibt beim alten. Bekanntlich handelte es sich in der Haupthecke um den sozialdemokratischen Antrag, daß in Zukunft bei Interpellationen auch Anträge gestellt werden sollten, durch deren Annahme oder Ablehnung der Reichstag seine Ansicht über einen bestimmten Vorfall aussprechen das Recht hätte. Bisher gingen diese Interpellationen stets wie das Hornberger Schießen aus. Nachdem nun schon einmal die Freisinnigen Vertragung durchgeführt hatten, um mit ihren Fraktionskollegen beraten zu können, erklärte vorgestern ihr Führer Müller-Meiningen, daß sie „unter Vorbehalt“ gegen den Antrag stimmen würden!

Die Abstimmung ergab nunmehr entgegen dem sozialdemokratischen Antrage die Annahme des folgenden Gesetzes:

Falls gegen die Zulassung eines Antrags Widerspruch von mindestens 20 Mitgliedern erhoben wird, beschließt darüber der Reichstag sofort ohne vorherige Diskussion.

Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Zentrum, dafür die Blockparteien, und zwar die Freisinnigen „unter Vorbehalt“.

Es kam nun zur Diskussion des Absatzes 2 des § 33a, der besiedelt, daß die Abstimmung über Anträge bei Interpellationen verboten werden muß, wenn es mindestens 36 Mitglieder verlangen. Die Abstimmung soll dann in den drei nächsten Sitzungstagen vorgenommen werden.

Nach manigfachen Verhandlungen anträgen der konservativen, Pfaffen und Nationalliberalen wurde der Absatz 2 des § 33a zwar angenommen, hingegen der gesamte Paragraph später abgelehnt. Dafür stimmten nur die Nationalliberalen und Freisinnigen, dagegen die Sozialdemokraten und das Zentrum, beide, weil sie nicht dem Prinzip zustimmen wollten, daß die Mehrheit das Antragsrecht der Minderheit zerstören könne; die Konservativen aber, weil sie überhaupt keine Anträge bei Interpellationen haben wollen.

Jetzt war der Zustand da, den die Reaktion brauchte. Es war nämlich über das Recht der Antragstellung überhaupt nichts gelagert. Diese Situation benützte der konservative Reich, folgenden Antrag einzubringen und seine Annahme durchzuführen:

Die Stellung eines Antrags bei dieser Besprechung ist unzulässig. Es aber jedem Mitgliede des Reichstags überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrags weiter zu verfolgen.

Dieser Antrag wurde mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Mehrheit setzte sich zusammen aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen.

Damit war die Arbeit der Kommission zerrissen. Alles bleibt beim Alten. Von dem großen Heldengeschwätz über den Kampf gegen das persönliche Regiment ist nichts übrig geblieben, als ein Häufchen Schande. Das Plenum wird jetzt zu diesem Ergebnis der Kommissionsberatung Stellung nehmen, das bis auf den i-Punkt bestätigt hat, was wir von der ganzen glorreichen Kampagne der Bourgeoisie gegen den Absolutismus vorausgesagt haben.

Inzwischen sucht der Freisinn das fade Possenspiel, das gerade wegen seiner unentholzten Haltung diesen unermüdlichen Ausgang nahm, durch Beratung seines Antrages auf „kleine Anträge“ fortzusetzen.

## Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

aus dem Reichstage.

Berlin, 9. März. Im Reichstage wurde am Dienstag mit der zweiten Deutung des Weinfehls begonnen. Genosse David legte den Standpunkt unserer Fraktion dar. Der Präsident des Gesetzes, die Bekämpfung der Weinbantshere, stimmen wir zu. Wir bedauern aber, daß die üble Unsitte, faulcharakterige Bestimmungen im Gesetzeskette einzufügen, auch diesmal nicht vermieden werden kann. Dass die Einführung des Dellaizzato-

zwangs zur Verschlechterung unserer Handelsbeziehungen mit dem Auslande führen wird, erkennt uns sehr unwahrscheinlich. Die Regierung, die den Agrariern, ganz unbedeutend um Verschlechterung der auswärtigen Handelsbeziehungen, alles zum Gefallen tut, ist diesmal, wo es sich nur um Winzer handelt, ganz ähnlich um den Eindruck im Auslande besorgt. Die Auseinandersetzungen über diesen Punkt verlängerten die Beratung sehr. Sie wurde schließlich auf Donnerstag verlegt. Der Mittwoch bleibt frei, um der Budgetkommission Zeit zum arbeiten zu geben. Die Langsamkeit dieser Kommission kommt, wie Genosse Debouy richtig bemerkte, daher, daß die Camp und Genossen in ihr lang und breit über Dinge reden, die von Rechts wegen ins Plenum gehörten.

### Die Kieler Wahlrechtsänderungen

haben sich statt des erhofften Erfolges eine ungeheure Blamage geholt. Am Dienstag stand die Angelegenheit erneut auf der Tagesordnung der städtischen Kollegien, nachdem die Biermännerkommission am vergangenen Freitag mit dem preußischen Polizeiminister v. Möller darüber verhandelt hatte. Der Magistrat unterbreitete den Kollegien von neuem den Antrag, den Minister um seine Zustimmung zur Einführung der Dreiklassenwahl für Kiel zu ersuchen. Die Verhandlungen gestalteten sich zu einer Sozialistendebatte groben Stils. Besonders war es der erst kürzlich aus Magdeburg nach Kiel gekommene Bürgermeister Winemann, der in einer großen Kriegervereinsrede die Gefahren schilderte, die durch eine Mehrheit der Sozialdemokratie drohten. Der Oberbürgermeister Fuhr verwahrte sich zu Beginn der Debatte besonders gegen die Obstruktion der Sozialdemokraten und erklärte, er denke nicht daran, nach Ablauf seiner Amtsperiode im Jahre 1912 wieder zu kandidieren, aber noch weniger denke er daran, sich durch Drohungen oder durch Obstruktionsarbeit der Sozialdemokraten aus dem Amt drängen zu lassen. Er werde auf seinem Posten bleiben und auch vor tumulten auf der Straße nicht zurückgehen. Dann berichtete er über die Mission beim preußischen Minister des Innern. Dieser habe es abgelehnt, die Initiative zu ergreifen, er könne seine Zustimmung zu einem Gesetz nur geben, wenn die Kieler selbst mit Nachdruck es wünschten. Eine Aenderung des Wahlrechts sei aber nur möglich im Rahmen des Dreiklassenwahlrechts! Unsere Genossen Adler, Niendorff und Rindfuss sprachen energisch gegen die Vorlage. Die Verhandlung hatte vormittags um 10 Uhr begonnen; sie wurde lediglich durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen. Kurz vor 7 Uhr abends wurde dann endlich die Abstimmung vorgenommen. Der Magistrat stimmte geschlossen für die Einführung der Dreiklassenwahl; die Stadtverordneten stimmten mit 15 gegen 18 Stimmen dagegen. Die Vorlage ist somit gefallen. Von den 20 Stadtverordneten waren zwei durch Krankheit verhindert, die wahrscheinlich zu den Anhängern der Dreiklassenwahl zählen.

Der Anschlag auf das ohnehin äußerst verklammerte kommunale Wahlrecht der Kieler Einwohnerschaft ist also noch einmal mit knapper Mehrheit abgeschlagen worden. Dass sich die Angriffe wiederholen, ist ziemlich sicher anzunehmen. Selbst wenn dies aber in Kiel selbst vorläufig nicht geschehen sollte, werden die Befürworter der Entscheidung, unter denen sich auch eine ganze Anzahl freisinniger befindet, gewiß alles ausbieten, um eine Abänderung der schleswig-holsteinischen Städteordnung durchzuführen und so auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen. Bei der preußischen Regierung werden sie dabei selbstverständlich volles Verständnis und begeitwilligste Förderung finden.

### Vom Kompromisswechselbalz.

Gegen das „Besitzsteuer“-Kompromiß hat sich jetzt auch die württembergische Regierung erklärt. In der offiziösen Neuhebung eines württembergischen Blattes heißt es, die Besitzsteuer sei für die Regierung unannehmbar; sie halte an der Nachlasssteuer fest oder bestrebe doch auf einem ähnlichen Ausbau der Erbschaftssteuer.

Inzwischen werden die Versuche, den total versfahrenen Finanzlarren wieder in Gang zu bringen, eifrig fortgesetzt. Billow und sein Ablatus v. Boebell verhandeln mit den Blockführern, wobei den Führern und Sprechern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, wie das Berliner Tageblatt erfährt, den Abg. Wiemer, Müller-Meiningen und Bauer von v. Boebell nahegelegt worden sein soll, sich zunächst zur Bewilligung in direkter Steuervorlage zu verpflichten. Bisher soll es jedoch noch zu keiner Einigung gekommen sein. Die Versuche, ein neues Kompromiß zu schließen, sollen sich angeblich wieder in der Richtung der Nachlasssteuer oder richtiger gesetzt einer (auch auf Kinder und Ehegatten ausgedehnten) Erbfallsteuer bewegen. Die Regierung soll geneigt sein, infofern auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten, als sie sich eventuell auch mit einem geringeren Ergebnis als 150 Millionen befreiden will.

Die letztere Behauptung dürfte kaum den Tatfachen entsprechen; Billow wird sich wohl hüten, den Zorn der Jungen nochmals herauszublößen, mit dem die Deutsche Tageszeitung für den Fall, daß die Regierung wieder zur Nachlasssteuer greift, in ihrer Mittwochszahlung ganz unverbüllt droht. Dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß der Freisinn schließlich doch noch auf den Stein geht und die indirekten Steuern bewilligt, bevor die geringste Gewähr für das Zustandekommen einer Besitzsteuer gegeben ist. Den Bauer und Wiemer ist auch diese Eselei zuzutrauen.

### Ein freisinniger Wohlsteller.

Die freisinnige Partei befindet sich trotz Börsenjobbern und Bausgrätern, die sich zur Partei der Bischöfe und Käschfächern, im Zustand des chronischen Falles. Diesem betrieblichen Rückstand abzuholen, hätte sich der freisinnige Berliner Stadt. Fähnrich zum Ziel gesetzt, der deshalb vor der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wegen Betrugs erscheinen mußte. Der Angeklagte war seit Anfang der vor Jahren Mitglied der städtischen Grundstücksdéputation; zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die Kleidung der Vorarbeiter bei

der Verpachtung städtischer Grundstücke. Im Mai 1907 waren in Rummelsburg drei städtische Wassergrundstücke zu vermieten, ein Pächter hatte für eins der Grundstücke 1800, ein anderer 1500 M. geboten. Fähnrich ersucht nur den niedrigsten Bieter, 300 M. zu „irgendwelchen wohltätigen Zwecken“ zu spenden. Er werde, falls das geschiehe, versuchen, den höheren Bieter zur Annahme seines Angebotes zu bewegen. Die 300 M. wurden gegeben und der Angeklagte überwies sie dem freisinnigen Wahlkampf. Im übrigen aber hielt er sein Wort. Das Gebot von 1800 M. wurde zurückgezogen und der andere bekam den Auftrag. Durch Zusatz kam die Sache zur Urteil. Das Gericht verurteilte den Fähnrich zu 150 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß weder Betrug noch Amtesunterschlagung vorliege; der Angeklagte habe sich aber des Vergehens im Amte im Sinne des § 331 des Strafgesetzbuchs schuldig gemacht, da er als Beamter ein Gesetz erfordert und angenommen habe. Seine Motive mögen nicht unebel gewesen und auf politischen Kanälen auszuüben sein. Bedenkt aber enthaltene die Handlungswille des Angeklagten einen Vertrauensbruch!

In der bürgerlichen Presse taucht mit unheimlicher Sicherheit in bestimmt Börsenkämmen, besonders aber zu Wahlzeiten, die Behauptung auf, die sozialdemokratische Partei fasse wieder aus den Mitteln der Gewerkschaften und der „sozialdemokratischen“ Börsenkämmen auf. Auch die „anständige“ Freisinnspresse hat diesen Schwund niemals als geistige Kost für ihre Leser verschmäht. Es wäre nun interessant, zu erfahren, ob die freisinnige Partei fasse noch mehr solche „Wohltäter“ bestellt wie den Herrn Stadt. Fähnrich.

Berlin, 11. März. Der fünfte Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1908 ist von den verbündeten Regierungen zurückgezogen worden, da infolge verändelter Verhältnisse Vorbereitungen für die Ablösung des ostasiatischen Detachement durch ein Marinedetachement im Rechnungsjahr 1908 nicht mehr erforderlich sind, so daß der Nachtragsetat überflüssig geworden ist.

Der preußische Eisenbahminister hat einen Erlass an sämtliche preußisch-hessische Eisenbahndirektionen gerichtet, durch den der Bahnhofsbörschandel an Sonn- und Feiertagen beschränkt wird. Die Verkaufsstände sollen nach dem Erlass an Sonn- und Feiertagen nur nach der Bahnhofseite hin geöffnet sein.

Die Berliner Mandatsprüfungskommission. Über die Berliner Landtagswahlkästen, die als Grundlage für die letzten Landtagswahlen dienten, sind die von dem Abgeordnetenhaus verlangten Erklärungen des Berliner Magistrats am Mittwoch an den Oberpräsidenten abgegangen. Sie werden nunmehr durch Vermittlung des Ministers des Innern dem Abgeordnetenhaus zugestellt werden. Über den Inhalt der Erklärungen wird in der bürgerlichen Presse nichts mitgeteilt.

Holle geht. Die Verabschiedung des preußischen Kultusministers Dr. Holle ist, wie das Berliner Tageblatt berichtet, nunmehr endgültig beschlossen. Die offizielle Mitteilung dürfte bereits in allerhöchster Stil erfolgen.

Fuhrtritt für den Freisinn. Selbst mit der geringfügigen Konzession an den Liberalismus, die in der Verabsiedlung des in der Schleswig-Holstein, v. Dolega-Kozierowsky, erbliebene, ist es nicht. Wie die Schleswiger Nachrichten melden, wird der Regierungspräsident im Amt bleiben. Die Wohnung, die der Herr bereits in Ulbeck gemietet hatte, ist wieder geöffnet worden.

Der Freisinn wird sich auch mit diesem Fuhrtritt abzufinden wissen.

Martin sagt. Regierungsrat Martin, der Verfasser des liberal erschienenen Buches Fürst Billow und Kaiser Wilhelm der Zweite, will gegen alle Behauptungen, die bei Verabsiedlung des Buches ihn im beleidigender Weise angegriffen haben, Strafantrag stellen. Durch diesen Schritt will sich Herr Martin angeblich Gelegenheit schaffen, die in seinem Buch ausgestellten Behauptungen über die Entstehung des Daily-Telegraph-Interviews zu beweisen, nachdem das Stillschweigen des Auswärtigen Amtes zu seinen Angriffen es ihm unmöglich gemacht habe, auf andre Weise die Richtigkeit seiner Behauptungen vor der Öffentlichkeit darzutun. Der englische Schriftsteller Harold Spender, der zu diesen Prozessen als Zeuge berufen werden soll, hat die Martinischen Behauptungen bereits als unrichtig bezeichnet.

Freisinnige Zwieselentheorie. In Hagen (Westfalen) wurde eine kommunale Biersteuer eingeführt. Interessant bei der Debatte war die Bemerkung des Oberbürgermeisters Kuno, daß er als freisinniger Parlamentarier (er ist Reichstagsabgeordneter) gegen indirekte Steuern sei, aber politische Erwägungen könnten für ihn nicht maßgebend sein, wenn das Wohl der Stadt in Frage komme. Kuno und mit ihm acht andere freisinnige stimmten für die Vorlage, die mit 24 gegen 21 Stimmen angenommen wurde.

S. Ein jungliberaler Anwalt für Zengniszwang gegen die Presse. Vor dem Amtsgericht Regen in Bayern fand dieser Tag ein Verteilungsprozeß statt. Die christlichen Verbandssekretäre Dwald und Weigler hatten als Vertreter des schwarzen Waldarbeiterverbandes gegen den Forstwart Mang, den Agitator für den vom liberal-katholischen Pfarrer Grasdiner gegründeten Waldarbeiterverband, gestellt. Durch diesen Schritt war Widerklage erhoben worden. In dem Prozeß, der in seinen Einzelheiten nicht weiter interessiert, sollte auf Antrag des Vertreters des Forstwärts, des „jungliberalen“ (1) Durchfallskandidaten Kohl-München, der Redakteur Wolf von der christlichen Gewerkschaftsstimme in Hannover den Verfasser eines Artikels nennen. Der christliche Redakteur lehnte bei seiner kriminellen Vernehmung jede Auskunft ab und verließ sich auf das Nebalktionsgeheimnis. Nun beantragte der junglibrale Rechtsanwalt Kohl die Entlastung des Zengniszwangsvorwurfs gegen den Redakteur. Um dies zu verhindern, meldete sich der Einsender. Der junglibrale Ackerwerter kam deshalb wieder um einen Erfolg in seiner ruhmvollen politischen Laufbahn. — Der Prozeß endete mit der Verurteilung der Kläger und des Widerklagten zu geringen Geldstrafen.

gt. Arbeitslosenversicherung in Bayern. Auf der Konferenz, die nach einem Landtagsbesluß am 17. November v. J. vom bayrischen Ministerium des Innern nach München einberufen wurde, um zur Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen, wurde ein Referent und zwei Korreferenten bestimmt, die Vorschläge ausarbeiten sollten. Nachdem die Referate nunmehr vorliegen, ist der zur Vorberatung eingesetzte enger Ausschuss zum 20. März in das Ministerium des Innern einberufen worden, um die Vorschläge zu prüfen.

Reichsverband und liberaler Arbeiterverein. In Hof I. V. wurde nach den Oottentowbewohnen von liberalen Unternehmern ein sogenannter liberaler Arbeiterverein begründet, der auf

den örtlichen Reichsverbandsekretär in seinen Vorstand gewählt hat. Diese Koalition ist für die Arbeiter sehr interessant, sie zeigt die enge Verbindung zwischen der Freiheitgarde und den Überalen, die bisher stets eifrig in Abrede gestellt wurde. Sie ist aber gleichzeitig auch kennzeichnend für die in dem Verein organisierten "Arbeiter", deren Intelligenz offenbar nicht ausreicht, um die Vereinsgeschäfte selbstständig zu erledigen. Über ist der Reichsverbandsagitator etwa nur hineingewählt worden, weil die Unternehmer ihren Schüllingen nicht mehr recht über den Weg trauen?

**Tarif-„reform“ und Krise.** Unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise in Verbindung mit der vor einigen Jahren getroffenen Tarifreform ist der Neuertrag der badischen Staatsbahnen von 28 Millionen im Jahre 1907 auf 18 Millionen im Jahre 1908 gesunken. Die Regierung will dadurch Abhilfe schaffen, dass sie die beschleunigten Personenzüge weglassen lässt, in denen der Fahrpreis in der dritten Klasse pro Kilometer 8 Pf. beträgt, also so hoch ist, wie in Preußen in der vierten Klasse. Die Handelskammern und Verkehrsvereine protestieren gegen diese Absicht.

**Protest gegen den französischen Zolltarif.** Die Bergische Handelskammer ist wegen des neuen französischen Zolltarifs, der zurzeit noch die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigt, beim Reichsamt des Innern vorstellig geworden und hat auch den deutschen Handelstag und den Zentralverband deutscher Industrieller aufgerufen, gegen die schwarzösterreichischen Absichten Frankreichs bei der Reichsregierung Widerspruch zu erheben.

**Keine politische Nachrichten.** Der diesjährige national-liberale Parteitag wird im letzten Drittel des September in Eisenach abgehalten; damit verbunden werden soll die 50-jährige Erinnerungsfeier für die Gründung des Nationalvereins. — Der nächste internationale Friedenstagskongress soll in Antwerpen abgehalten werden; die Sitzung findet in Brüssel statt. — Der Aufstand des Generalstaatsanwaltes Dr. Pfeiffer, der gestern auch noch einen Schlaganfall eritten hat, ist nach wie vor bestens. — Die bisher wegen Erneuerung des Hauses der Freiheit zwischen Österreich und Rumänien ausgelegten Verhandlungen sind gescheitert, weil Rumänen in der Frage des Viehexportes keinesfalls nachgibt; und an dem Anlandekommen eines Vertrages ohne Veterinärkonvention wents Interesse hat, wogegen für das Land die Wiederbeschaffung seiner einst blühenden Viehzucht von großer Bedeutung ist.

### Oesterreich-Ungarn.

Der Zusammentritt des Reichsrats.

**Wien, 10. März.** Das Abgeordnetenhaus trat heute wieder zusammen. Saal und Galerien waren dicht gefüllt. Das Kabinett wurde bei seinem Erscheinen im Saale von den Tschechisch-Radikalen mit anhaltenden Pfui- und Abzugsrufen, von der Linken und den Polen mit lebhaftem Beifall empfangen. Bei andauerndem Lärmen der Tschechisch-Radikalen erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Biernerth die 19. Session des Reichsrats für eröffnet und lud den Abgeordneten Dr. Funke ein, das Alterspräsidium zu übernehmen. In einer Begrüßungsansprache, welche infolge andauernden Lärms nur zum geringsten Teile verständlich war, sprach Dr. Funke die Hoffnung aus, dass die parlamentarische Session eine erfolgreiche, ungestörte und dauernde sein werde. (Weißfahl, anhaltender Lärm bei den Tschechisch-Radikalen.) Der Ernst der inneren und äußeren Verhältnisse forderte ganze Männer, unausgesetzte gemeinsame Tätigkeit und Entschlossenheit. Der Alterspräsident sprach sodann die Übersicht aus, dass die Abgeordneten den gebietserischen Forderungen dieser Zeit gerecht werden und das Vertrauen der breitesten Volkschichten rechtfertigen würden. Nach Erledigung der Formalien nahm das Haus durch Stimmzettel unter Namensaufruf die Wahl des Präsidenten vor.

Zum Präsidenten wurde mit 287 von 440 Stimmen Dr. Patai gewählt.

### Frankreich.

Die Einkommensteuer.

**Paris, 10. März.** Die ganze Presse erörtert die geplante Kammerabstimmung über das Einkommensteuergesetz. Die radikalen und sozialistischen Blätter sprechen ihre Benutzung darüber aus, dass die Kammer trotz aller Schwierigkeiten das Gesetz erledigen könnte, durch das die bisherige Steuergesetzgebung in einem menschlichen und gerechten Sinne umgestaltet worden sei. Hoffentlich werde der Senat nun die Beratungen des Gesetzes möglichst beschleunigen, damit es bald in Kraft treten kann.

### Italien.

Das Gesamtaugebnis.

**Rom, 11. März.** Aus sämtlichen 508 Wahlbezirken liegen jetzt Nachrichten vor. Es sind 209 Ministerielle wiedergewählt, 67 neuwählt; konstitutionelle Opposition 42 wiedergewählt, 2 neuwählt; Radikale 24 wiedergewählt, 12 neuwählt; Republikaner 12 wiedergewählt, 5 neuwählt; Sozialisten 18 wiedergewählt, 12 neuwählt; Katholiken 5 wiedergewählt, 11 neuwählt. Es finden 72 Stichwahlen statt. In 18 Wahlbezirken wird das Ergebnis der Wahl von der Wahlprüfungskommission der Kammer entschieden werden. Auf vier Wahlbezirken stehen die endgültigen Wahlresultate noch aus. An den Stichwahlen sind 144 Kandidaten beteiligt, davon 68 Ministerielle, 8 konstitutionelle Opposition, 25 Radikale, 28 Sozialisten, 5 Katholiken, 8 Republikaner, 2 Christlichsoziale.

### Serbien.

Ein Schritt zum Frieden.

**Wien, 11. März.** Der Inhalt der gestern veröffentlichten serbischen Kündigung wird seitens der bietigen Presse ziemlich

günstig beurteilt und als ein Sieg der Erhaltung des Friedens betrachtet. Die Neue Freie Presse schreibt: Es ist zwar noch nicht alles geschehen, was Österreich wolle, aber der Konsolidat ist nicht zu verrennen, und könne man nunmehr die Hoffnung haben, dass der Krieg vermieden und die Annexionskrise ohne Waffengewalt sich beenden lassen werde.

## Sächsische Angelegenheiten.

„Die Sachsen können sich das leisten.“

Gegen die Vorabverordnung der Amtshauptmannschaft Zwischen sollte wieder einmal der Mediator des Sächsischen Volksblattes, Genosse Kraiser, verzichten haben, weil er in einer kurzen Notiz die Saalverweigerung durch den Besitzer des Gasthauses zum Kloster in Niederhain konstatierte. Der Wirt gab als Grund seiner Weigerung Nachteile an, die ihm deshalb durch die Amtshauptmannschaft in der Ablehnung von Konzert- und Tanzlaubnissen an sogenannten freien Tagen erwünscht. Da das Ministerium des Innern wie seine untergeordneten Organe eine derartige doppelte Behandlung der Staatsbürger verneinen und in diesem Falle auch nicht nachgewiesen werden konnte, war diese Verweigerung der Volksblätter zu Verhinderungszwecken umso auffälliger. Der Beicht ermahnte zum Schluss die Haftraten Arbeiter, aus diesem Vorhang die notwendige Lehre zu ziehen. Die Amtshauptmannschaft Zwischen, die in den Schul- und Autonomie-Vorholtoffnungen beide Augen offen und trotzdem keine allzu glänzende Rolle gespielt hatte, sah in dem Bericht eine Aufforderung zum Vorhol zu einem Bericht gegen die Verordnung und stellte Strafantrag. Da Schlossergericht Zwischen jedoch sich den nach überlandgerichtlichem Entscheid als rechtsgültig anerkannten Verordnung der Amtshauptmannschaft und deren Ausfassung an und verurteilte Genosse Kraiser zu 50 Pf. Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Gefängnis usw. Und zwar „von Rechtswegen“!

Befürchtlich hat auch das Reichsgericht von Reichs wegen den Vorhol besonders gegen Saalwirte für ein zulässiges politisches und wirtschaftliches Kampfmittel, das nicht gegen die guten Sitten verstößt, erklärt. Zum Schaden der Arbeiterklasse aber steht sich, wie unser Genosse Heine wiederholt im Reichsgericht angeführt hat, die sächsische Rechtsprechung über die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweg. In der Sitzung des Reichstages vom 19. Januar bezog sich Genosse Heine bei der Beratung des Justizrats ausdrücklich auf die Zwischen-Vorholverordnung. Nach dem stenographischen Bericht führte Genosse Heine aus: In Zwischen wird derjenige mit Strafe bedroht, der öffentlich dazu auffordert, in bestimmten Gewerbebetrieben keine Waren zu bestellen oder zu entnehmen, oder in einem bestimmten Geschäftsstelle nicht zu verfehlern. Das, meine Herren, steht im Widerspruch zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts. In einer ganzen Reihe von Entscheidungen hat der Rechtsgericht des Reichsgerichts festgestellt, dass ein solcher Vorhol, wenn er zu an sich sittlichen Zwecken geschieht, nicht gegen die guten Sitten verstößt. So hat das Reichsgericht einen Warenboykott in Eisenach, dann einen Bückerboykott in Niel und vor kurzem wieder einen Wehrboykott in Mühlhausen i. E. für zulässig und für eine sittliche Handlung erklärt. In Sachsen aber kümmert man sich nicht um denartige Entscheidungen. Dort greift man zu Polizeiordnungen und bedroht dann mit Strafe, was nach der Meinung des obersten Gerichtshofes des deutschen Reiches erlaubt und zulässig ist. Es ist dasselbe, was sich schon vor einer Reihe von Jahren bei einer anderen Gelegenheit auch über die sächsische Justiz habe sagen müssen: es ist eine Auffassung der sächsischen Rechtsprechung gegen das Reichsgericht und gegen das Gesetz. Die Sachsen können sich das leisten. Alle diese Sachen kommen in erster Instanz vor das Schöffengericht, in zweiter Instanz vor das Landgericht und dann enden sie bei dem sächsischen Oberlandesgericht. Es ist so gut wie unmöglich — nur ein Unfall könnte es zuweilen bringen —, eine solche Sache einmal vor das Reichsgericht zu bringen und dann denken die Sachen, das Reichsgericht kann uns sonst etwas — und judizieren auf ihre Art.“

Wenn der Vorhol nicht von der Arbeiterklasse ausgeht, können sächsische Gerichte allerdings auch anders. In Dresden hat kürzlich das Gericht eine Mittelstandsorganisation, die durch Interesse auf bestimmte namenlose ausgetriebene Firmen aufmerksam machte, weil sie Rabatt geben, von der Anklage der Überziehung der Dresdner Vorholverordnung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf eine Reichsgerichtsentcheidung freigesprochen. Das ist eben sächsische Justiz!

Neben einer Reform der sächsischen Verfassung macht sich das Dresdner Tageblatt Gedanken. Diese Gedanken sind aber auch danach. Es wird unter anderem verlangt, dass in der Verfassung die Worte „Stände“ und „Ständeverfassung“ durch die Worte „Kammern“ und „Landtag“ ersetzt werden. Dass dadurch an der Tatsache, dass diese Ständeverfassung oder dieser Landtag nur ein Klassenparlament ist, wenn er auf einem Klassenwahlrecht beruht, nichts geändert wird, ist dem „liberalen“ Blatte nicht in den Sinn gelommen. Richtig radikal klingt es, wenn das Blatt fordert, dass die Präsidenten beider Kammern auch einem Regierungsvorsteher gegenüber das Recht des Ordnungsrates haben sollen. In der Hauptstadt wird aber verlangt, dass jede der beiden Kammern der Regierung als vollkommen gleichberechtigte Gattoren gegenübergestellt werden soll.

werden sollen und die Verfassung des Landtags mit der des Reichstags in Einklang gebracht werde. Die Reichsverfassung ist bekanntlich auch, wie die Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, ein recht fragwürdiges Produkt. Schließlich kommt es aber nicht so sehr auf den Wortlaut der Verfassung, als auf die Anwendung der Verfassung an. Und da haben ja die bürgerlichen Parteien in der letzten Zeit fast jeden Tag den Vereinen geleistet, dass sie vor dem persönlichen Regiment und der Regierung trotz der Verfassung Schritt für Schritt zurückgewichen sind. Wie aber eine bürgerliche Verfassungskoalition aussehen werde, das läuft einigermaßen die Tätigkeit ab, die unter der Leitung des unvergleichlichen Leipzigischen Abgeordneten Dr. Junk die Kommission des Reichstags zur Änderung der Geschäftsordnung ausgelöst hat nach dem Grundsatz der bekannten Eschweizerischen Springprozession: Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Wenn einmal die Verfassung in Sachen geändert werden soll, dann sollte die nationalliberale Partei wenigstens dafür sorgen, dass ein Mann von der reichen Erfahrung (!!!) eines Junk in den Landtag komme, damit die Revision in der gehörigen liberalen Verwässerung durchgeführt werde.

**Pack schlägt sich und verträgt sich.** Zu der Wahlbewegung für die bevorstehenden Landtagswahlen unter den bürgerlichen Parteien äußert sich der konservative Vogtländische Anzeiger:

Als gegen Ende der letzten Landtagssession die Spannung zwischen Konservativen und Nationalliberalen immer persönlichere Formen annahm, als die „Falle“ Langhammer und Mühlmann die Gemüter erregten und die nationalliberale Fraktion den Präsidenten der Zweiten Kammer ih. W. M. Hartmann aussprach, als die Jubiläumsstage verdienter Parlamentarier zwar unter denselben Dach, aber streng gesondert, nur von den Parteigenossen gefeiert wurden, und es zuletzt dazu kam, dass statt des nationalliberalen ersten, der konservative zweite Vizepräsident dem Geh. Hofrat Dr. Meissner für seine Amtsführung als Präsident danken musste, und zu dem von ihm veranstalteten parlamentarischen Diner wohl freimütinge, aber kein einziger nationalliberaler Abgeordneter sich einstellte, da war die Beschriftung allgemein, dass der nahende Wahlkampf von den zwei führenden bürgerlichen Parteien mit großer, und oft genug auf das persönliche Gebiet übergreifender Schärfe geführt werden würde. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass weitestgehend bisher diese Beschriftungen nicht eingetroffen sind, so dass zu hoffen steht, dass auch in Zukunft bei aller sachlichen Schärfe der Wahlkampf innerhalb der bürgerlichen Parteien nemals Formen annehmen wird, über die sich zu freuen nur die Sozialdemokratie Ursache haben würde.

In Sachsen braucht man nur die Dinge zu zeichnen, wie sie sind, und die Satire ist fertig. Das konservative Hauptblatt des Vogtlandes hat natürlich keine Ahnung davon, wie es durch seine obige Schilderung die bürgerlichen Parteien bloßstellt.

**m. Gelbe Pleito!** Die Nationale Volkszeitung, das in Grimmaischen erscheinende Organ der arbeitswilligen- und Streikbrecherische Siedlermannschaft, ist dem totalen Zusammenbruch nahe. Am 1. April d. J. wird es nach vierjährigem Todeskampfe, dessen Kampfhäste Rückungen sich seit 1. Januar 1909 nur alle Wochen wiederholten, das Zeilliche legen. Dem Redakteur ist gekündigt worden, die Schmidhain ist bereits freies Vermögen, aber kein einziger nationalliberaler Abgeordneter sich einstellte, da war die Beschriftung allgemein, dass der nahende Wahlkampf von den zwei führenden bürgerlichen Parteien mit großer, und oft genug auf das persönliche Gebiet übergreifender Schärfe geführt werden werden würde. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass weitestgehend bisher diese Beschriftungen nicht eingetroffen sind, so dass zu hoffen steht, dass auch in Zukunft bei aller sachlichen Schärfe der Wahlkampf innerhalb der bürgerlichen Parteien nemals Formen annehmen wird, über die sich zu freuen nur die Sozialdemokratie Ursache haben würde.

Das Verschwinden dieses Arbeitswilligenorgans bedeutet ein schmädesches Fiasko für das nationale Schwarzmarktkum und seine Politik der Entzweiung der Arbeiterschaft.

**Der 10. Reichstagwahlkreis Löbau-Rohrbach** hat in Löbau seine Generalversammlung abgehalten. Aus dem Bericht des Kreisvorstandes ist das Kuriosum hervorzuheben, dass von 55 sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern acht nicht politisch organisiert sind. Im übrigen konnte überall eine Entwicklung nach vornwärts konstatiert werden. Nachdem der Bericht des Kreisvorstandes genehmigt und Hartke wieder als Vorort des Kreises als solcher hat er auch die Mitglieder des Kreisvorstandes zu wählen — wieder gewählt worden war, hielt Genosse Binsau-Peltz einen 1½/4-Stunden-Vortrag über die Reichsfinanzreform und die bürgerlichen Parteien, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Nach Schluss der Debatte wurde Genosse Karl Pintau einstimmig wieder als Reichstagabandit aufgestellt. Er batte die Erklärung abgegeben, dass er, um ein Doppelmandat zu vermeiden, eine Landtagskandidatur annehmen werde. Für die bevorstehende Landtagswahl, bei der der Kreis in sehr vielen Wahlkreisen beteiligt ist, sollen alle Vorberatungen getroffen werden. Mit dem Ausdruck froher Hoffnung auf reichen Erfolg schloss Genosse Thate die Kreisversammlung.

**Dresden.** Der Gauleiter des Holzherstellerverbundes, G. L. H. K., wurde vom Schöffengericht Wehlen wegen eines gegen die Firma Bielitz u. Sohn verübten Flugblattes zu 40 Pf. Strafe über 4 Tage Haft verurteilt. Es wurde ihm der Schutz des § 188 des Str.-G.-V. (Wahrung berechtigter Interessen) ausbilligt, das Urteil aber in dieser Höhe gefällt, weil eine formale Bekleidung vorliegend erachtet wurde. In dem Flugblatt wurde der Firma vorgeworfen, dass sie die organisierten Arbeiter angrenzen der „Gelben“



# Sunlicht Seife

eignet sich vorzüglich für alle jene Berufe, die mit Rauch, Russ und Schmutz in direkte Berührung bringen. Sie führt nicht nur eine gründliche Reinigung herbei, sondern erhält auch die Frische der Haut, macht scharfe Mittel unnötig! Sie ist z.B. die Freundin des „schwarzen Mannes“ nach Beendigung der Arbeit!





# Krug's Wohlfeile Woche

Johannisplatz, Ecke Querstrasse.

## Krugs wohlfeile Woche!

ist eine bevorzugte Sonder-Gelegenheit für den Einkauf von Manufaktur- u. Mode-waren. Sie bietet gute, gediegene und beste Qualitäten in unerreicht Auswahl zu denkbar billigen Preisen. Meine Leistungsfähigkeit hierin ist aus früheren Verkäufen zur Genüge bekannt. Hier nicht angeführte Warenmengen liegen übersichtlich auf Extratischen.

zu besonders wohlfeilen Preisen

aus

## Wohlfeilstes in Seldenstoffen

Ein Posten	reinsiedene Merveilleux und Taffete	Wohlfeiler Preis 75,-
Ein Posten	reinsiedene Merveilleux u. Taffete	Wohlfeiler Preis 95,-
reinsiedene Blusen - Stoffe gestreift und kariert		95,-
Bastseiden mit divers. Seiden-Effekt		1.50,-
Messalin-Seide nur schwarz vorläufig, schmeißig, elegant, Gewebe, Wert 3.25		1.40,-
Blusen-Seiden nur elegant, Dessin, in la. Qualitäten, darunter Qualitäten bis 5.75,- jetzt durchweg Wohlfeiler Preis		1.90,-

## Wohlfeilstes in Kleiderstoffen

Ein Posten	Blusen - Stoffe nach Wiener Art, in grosser Musteranzahl	Wohlfeiler Preis 95,-
Ein Posten	karierte Wollstoffe Doppelbreite, für Blusen u. Kinderkleider, sonstiger Verkaufspreis Mtr. 1.65,-	80,-
Ein Posten	110 cm breite Kleider - Stoffe für elegante Frühjahrs-Kostüme und Kleider sonstiger Verkaufspreis Mtr. 2.90,-	1.35,-
Ein Posten	reinwollene Kostüm - Stoffe in englischem Geschmack, Wert Mtr. 4.50,-	1.80,-
Ein Posten	doppelbreite Cheviots sowie Satin- und Mohair-Crepes, in allen Farben	95,-
Ein Posten	reinwollene Musseline hell und dunkel	95,-
Ein Posten	Waschstoffe 80 cm breit	25,-

## Wohlfeilstes für den Umzug

Gardinen abgesetzt, vorlägl. Qualitäten	1.75
Gardinen Stückware	38,-
Gardinen Stückware, In Qualität, weich, extra breit, fröhler Mtr. 1.25	80,-
Stores, engl. Tull	2.45
Stores, Erbstüll neue Zeichnungen	5.25
Vitragen gute Körper-Qualität	1.45
Tull-Bettdecken einbettig	1.95
Tull-Bettdecken zwiebettig	5.25
Teppiche gute Axminster- und Velour-Qualitäten	4,-
Tuch-Garnituren 2 Schals, 1 Lammquin, reich bekrönt	2.95
Plüscher-Garnituren 2 Schals, 1 Lambrquin, in eleg. Ausführung	5.95
Filztuch-Tischdecken reich bestickt	95,-
Wachstuch-Reste zum Ansuchen	45,-

## Wohlfeilstes in Baumwollwaren

Hemdentuch 80 cm breit	25,-
Wäschetuch 80/82 cm breit, mittleres Gewebe, sonst. Preis Mtr. 48,-	35,-
Renforce 80/82 cm breit, gute Klasse, sonstiger Preis Mtr. 58,-	40,-
Linen 80/82 cm breit, beliebt, Wäschesstoff mit Leinen-Appret., sonstiger Preis Mtr. 62,-	45,-
Körper-Barchent gut geraut	30,-
Körper-Barchent 80 cm breit extra schw. Qual.	55,-

## Wohlfeilstes in Bettwäsche

Stangenleinen Ia. Qualität, Elsässer Fabrik, Deckbettbetr., sonstiger Preis 1.45,-	95,-
Klassenbreite . . . . . Mtr.	80,-
Damast selbstdurchzündend, vorzügl. Qualität, Deckbettbetr. . . . . Mtr.	95,-
Kissenbreite . . . . . Mtr.	58,-
Bett-Inlett schwarzig und federdicht Deckbettbetr. . . . . Mtr. 1.50,- 1.25	82,-
Kissenbreite . . . . . Mtr. 85/90 u.	48,-
Bettuchstoff gross Breite Wohlfeiler Preis Mtr.	45,-
Bettuchstoff 150 cm breit, regulärer Preis bis 1.00,-	85,-

## Wohlfeilstes in Tischwäsche etc.

Damast-Tischtücher mit schönen Blumenmustern	95,-
Damast-Tafeltücher halbblättrige Qualität	175,-
Damast-Servietten prima Qualität gesamt	175,-
Küchenhandtücher kraft. Strapsier-qual., sonstiger Preis ganz bedeutend höher	195,-
Gerstenkornhandtücher teils gesamt Wohlfeiler Preis 1/4 Dutzend 2.25	165,-
Jacquard-Handtücher weiß und halbweiss	175,-
Wischtücher kariert, prima westfälische Qualität	125,-
Ledertücher imitiert Wohlfeiler Preis 1/4 Dutzend 2.25	55,-
Poliertücher weiche Qualität Wohlfeiler Preis 1/4 Dutzend	60,-
Kaffeetischdecken mit Fransen Wohlfeiler Preis Stück 1.50	95,-

## Wohlfeilstes in Taschentüchern

Linen-Taschentücher gesamt	45,-
Seldenbatist-Tücher mit farbigen Bordüren	75,-
Batisttücher für Damen mit farbiger Kante Wohlfeiler Preis 1/4 Dutzend	75,-
Reinleinene Herrentücher früher Dutz. 8.50 Wohlfeiler Preis 1/4 Dutz.	2.00

## Wohlfeilstes in Rüschen etc.

Halsrüschen	35,-
Halsrüschen in reizenden Ausführungen	75,-
Schleier alle modernen Muster	85,-
Jabots in entzückenden Macharten	95,-
Reinseidenes Taffet-Band 12 cm breit, alle Farben Wohlfeiler Preis Mtr.	45,-

## Wohlfeilstes in Korsetts

Elegantes Frack-Korsett aus gebürsteten Stoffen, reich ausgestattet	1.95
Korsett aus haltbarem Drellstoff, mit Spiralfedern und Stäben	1.45
Korsett aus Jacquard oder Drellstoff, mit Spiralfedern	95,-

## Wohlfeilstes in Mützen etc.

Mädchen- u. Knaben-Mützen in reizenden Ausführungen	95,-
---	------

## Wohlfeilstes in Wäsche

Damen-Hemden aus kräftigem Hemdentuch mit Spitzgarniert	95,-
Damen-Beinkleider aus gebürstetem Crochet, gut geblauft und ausgeborgt	95,-
Damen-Hemden aus kräftigem Chiffon mit Langnotte	110,-
Damen-Beinkleider aus gutem Crochet mit Sticker-Volant, Kniefasson	110,-
Damen-Nachtjacken mit Steh- oder Umlaufkragen	110,-

## Wohlfeilstes in Damenblusen

Damen-Blusen aus baumwoll. Mousseline m. Bordürenbesatz	145
Uebergangs-Blusen aus hellen Flanellstoffen . . . . .	185
Reinwoll. Mousseline-Blusen in den reizend Macharten. Wohlfeiler Preis	295
Tennis-Blusen mit Krawatte und farbigem Band	295

## Wohlfeilstes in Jupons

Damen-Blusen mit Negligé-Körper mit breit. Wohlfeiler Preis	145
Aparte Jupons in reizenden Macharten	250
Alpacca-Jupons in elegantesten Ausführungen	250
Wohlfeilstes in Paletots	250

## Wohlfeilstes in Untertäillen

Damen-Untertäillen ganz aus Sticker-Volant	75,-
Damen-Untertäillen ganz aus Sticker-Volant	125,-
Herren-Tag- u. Nachthemden aus kräftigem Hemdentuch	195,-
Wohlfeilstes in Untertäillen	275,-

## Wohlfeilstes in Trikotagen

Herren-Normal-Hemden Wohlfeiler Preis	95,-
Herren-Normal-Hosen Wohlfeiler Preis	95,-
Herren-Macco-Hosen Wohlfeiler Preis	75,-
Knaben-Normal-Anzüge 65-70 cm lang Wohlfeiler Preis	95,-
Velour-Unterröcke mit Volant ausgeborgt Wohlfeiler Preis	

# 2. Beilage zu Nr. 57 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 11. März 1909.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. März.

Gescheitert. 11. März 1811: Astronom Leverrier gestorben. 1897: Legitigraph Daniel Sanbers gestorben.

Sonnenaufgang: 6.27, Sonnenuntergang: 5.54.  
Monduntergang: 8.9 vorm., Mondaufgang: 10.48 abends.

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. März:  
Ostwind, bedeckt, kälter, trocken.

### Eine brennende Zeitsfrage

Ist die Unterstützung der Arbeitslosen durch die Kommunen. Der Zug der Zeit geht dahin, der unverschuldeten Armut das Odium der Schande zu nehmen, das ihr heute zum Leid noch anhaftet. Einige Kommunen unterstützen ihre durch Arbeitslosigkeit verarmten Einwohner mit dem ausdrücklichen Anerkennnis, daß diese Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen betrachtet werden. Dies bedeutet ein Bekenntnis der bürgerlichen Gesellschaft an die Richtigkeit der sozialdemokratischen Krisentheorie. Andere Kommunen, der Zahl nach freilich sehr wenige, zahlen direkte Bauarbeitsunterstützungen. Neuerdings ist zu diesen Kommunen die Stadt Mainz hinzugekommen. Sie hat einen entschiedenen Schritt nach vorwärts getan. Die Stadtverordneten bewilligten 10 000 Mf. zu Bauunterstützungen an Arbeitslose, die zunächst auf vier Wochen berechnet sind.

Das Mainzer System unterscheidet sich von dem Gent-Strassburger System dadurch, daß die Unterstützungen auch an nicht organisierte männliche Arbeiter über achtzehn Jahre gezahlt werden. Weibliche Arbeiter hat man auf die Armentpflege verwiesen, weil die Frauen im Falle der Armenunterstützung keine politischen Rechte verlieren. Das Hand in Handgehen der kommunalen Verwaltung mit den Gewerkschaften hat das Mainzer System mit dem Gentler gemeinsam.

Die Arbeitslosenunterstützung, die die Stadt gewährt, beträgt wöchentlich 3 Mf. für Ledige, 4 Mf. für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahren, 5 Mf. für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren. Anspruch auf die Unterstützung haben 18 Jahre alte Arbeiter und Privatangestellte, wenn sie mindestens ein Jahr in Mainz wohnen, seit mindestens 14 Tagen arbeitslos sind und seit dem 1. März 1908 bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch regelmäßig beschäftigt gewesen sind.

Sind in derselben Familie mehrere Arbeitslose vorhanden, so kann die Unterstützung nur an einen von ihnen bezahlt werden, es sei denn, daß die arbeitslosen Familienmitglieder keinen gemeinschaftlichen Haushalt führen. Keinen Anspruch auf die Unterstützung haben weibliche Arbeitslose, sowie solche Personen, die sich im Genusse einer Unfall-, Alters-, Invaliden- oder Krankenrente befinden oder für sich oder Familienangehörige aus der Armentasse eine Unterstützung beziehen. Bei Arbeitslosigkeit, die durch Streiks und Aussperrungen herborgerufen oder die auf eigenes Verschulden des Arbeiters zurückzuführen ist, wird die Unterstützung gleichfalls nicht gewährt.

Die Unterstützung wird für höchstens vier Wochen unter folgenden Voraussetzungen gewährt: a) wer die Arbeitslosenunterstützung beansprucht, hat dies bei dem städtischen Arbeitsamt anzumelden; b) das städtische Arbeitsamt stellt über die Anmeldung eine Kontrollkarte aus, in die die Angaben der Arbeitslosen einzutragen sind. Gehört der Arbeitslose einer Gewerkschaft oder sonstigen Organisation an, so wird der Kontrollzettel durch das städtische Arbeitsamt der betreffenden Gewerkschaft (Organisation), im andern Falle dem zuständigen Polizeibezirk übermittelt. Die Gewerkschaften (Organisationen) oder die Polizeibezirke werden die von den Arbeitslosen bei der Anmeldung gemachten Angaben auf ihre Richtigkeit prüfen und, falls sich Unrichtigkeiten herausstellen, die Kontrollkarte mit entsprechendem Vermerke dem Arbeitsamt zurückzugeben.

Der Arbeitslose hat sich an jedem Werktag bei der Kontrollstelle (für die Organisierten die Gewerkschaften, für die Unorganisierten der Polizeibezirk) zu melden.

Das sind die Hauptbestimmungen, die in Mainz für die Arbeitslosenunterstützung aufgestellt worden sind. Eine Kommune nach der andern sieht sich gezwungen, in dieser Richtung vorzugehen. Bei uns in Leipzig dagegen scheint die Anregung des Gewerkschaftskartells in dem eingeführten Ausschuß ein Begräbnis erster Klasse erfahren zu sollen. Es sind nun vier Monate seit der Einreichung der Eingabe ins Land gegangen und noch immer ist nichts von einer That zu hören. Hier ist eine ganz offenkundige Ver schleppungspolitik am Werke.

### Die Kunst der Stellenvermittler

hat sich an Rat und Stadtvorstände mit der Bitte gewendet, der Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises nicht zuzustimmen. Es wurde an diesem Vorgehen nichts Besonderes auszulehnen sein, da auch den Stellenvermittlern das Recht besteht, sich ihre Existenz zu wahren. Eine andere Frage ist, ob die öffentlichen Körperschaften Gewicht auf solche Interessenverteilung einzelner legen können oder ob sie vielmehr das Wohl der Gesellschaft hochhalten haben. Und es ist unbestreitbar, daß den Stellensuchenden durch die Stellenvermittler meist ganz unverhältnismäßig hohe Gebühren abgelnöpft werden, die in geringem Verhältnis zu der Qualität der vermittelten Stellen stehen. So wurde vor einigen Tagen erst vor dem Götzengerecht Leipzig erwidert, daß der Stellenvermittler Kirsch einem Gastwirtgeschäft nicht weniger als 40 Mf. für die Vermittlung einer Stelle abgenommen hat, obwohl die Stelle gar nicht den Zusicherungen entsprach, die Kirsch gemacht hatte. Kirsch wurde wegen Verleumdung mehrerer Personen zu 450 Mark Geldstrafe verurteilt. Sein Einwand, die Klageerhebungen seien sozialdemokratische Placke, hatte selbst beim Leipziger Götzengerecht nicht gegangen.

So wie dieser Herr Kirsch, operiert in der oben genannten Einstellung ein Herr Heinrich Hanßen, der Vorsteher des Vereins Leipziger Stellenvermittler. Herr Hanßen fordert dem Rate nämlich:

Durch die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises würde man vor allem der Sozialdemokratie direkt in die Hände arbeiten, da dieselbe ver suchen würde, die Verteilung in die Hand zu bekommen, wie es mit anderen Einrichtungen (Krankenfassen usw.) schon geschieht ist. Ferner kann sie dann viel leichter Propaganda machen, indem sie das Personal auf einem Platz zusammen hat und versucht, es für ihre Organisation zu gewinnen. Bei Ausbruch eines Streiks wird es deshalb viel leichter sein, die Arbeitslosen zu beobachten, als jetzt, wo die Vermittlungsstellen in der ganzen Stadt verzweigt sind. Es würde also die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises das Gegenteil bewirken, als man damit beabsichtigt will, indem er nicht nur den Berufsmittlern und Arbeitgebern, sondern auch dem der Sozialdemokratie noch fernstehenden Personal zum Schaden gerät.

Die Sorge der Herren Stellenvermittler wegen des drohenden Entzugs der Spargroschen der Stellensuchenden ist so groß, daß sie gar das leise Mittel in besonders verzweigten Fällen anwenden, nämlich das Schwenken des roten Lappens. Nun sind ja Rat und Stadtvorstände nicht ganz unempfänglich für derartige Dinge. Indessen ist die Verschärfung des Standes der Stellenvermittler überall in der Bevölkerung derartig minimal, daß der rote Streifen diesmal kaum bei irgendeinem der apostrophierten Stadträte oder Stadtvorständen gelingen wird. Der Zentralarbeitsnachweis wird also angenommen werden — trotz des Protestes der Herren Stellenvermittler —, wenn nicht andere Gründe gegen ihn vorgebracht werden. Für den Zentralarbeitsnachweis spricht vor allem die Notwendigkeit, die Stellensuchenden vor der Ausbeutung durch die Stellenvermittler zu schützen. Und das ist auch die Ursache des wütenden Aussfalls gegen die Sozialdemokratie.

### Die Leipziger Festesoldaten und die Landtagswahlen.

Der Wahlverein Festesoldaten, der das neue Reichsbeamtenbefreiungsgesetz als Dank für sein Wohlverhalten bei der letzten Reichstagswahl betrachtet, heißt seit bereits jetzt wieder, den Parteien seine speziellen Wünsche für den nächsten Landtag zu unterbreiten. In einer am Dienstag abend in Stadt Nürnberg abgehaltenen Versammlung ließ sich Rechtsanwalt Dr. Mothes darüber aus, was die Gemeinde, Reichs-, Staats- und Privatbeamten sowie die Volksschullehrer vom künftigen Wahltag erwarten. Danach können die Beamten zurzeit von einer weiteren finanziellen Aufbesserung ablehnen. Dagegen bringen sie aber andere Forderungen. So seien vor allem die Anstellungs- und Rechtsverhältnisse sehr verbessert werden. Das alte Staatsdienstgesetz vom 7. März 1825 entspreche keinesfalls mehr den jetzigen Anforderungen. Besonders das darin enthaltene Disziplinarrecht, ein sogenanntes „stufenweises Besserungsversfahren“, das heute noch für die Volksschullehrer gilt, und diese von ihrer vorgesetzten Behörde vollständig abhängig sei, sei zu befehligen. Die Disziplinarkammern seien von gewählten Richtern — jetzt werden die Mitglieder vom König ernannt — zu bestehen. Wiedereraufnahme des Versabrechens, Entschädigung umgehend bei Verurteilung der Versabrechenden, Befreiung einer Beleidigung seien mehrfach aufgestellte Forderungen. Zu erwähnen wäre im allgemeinen noch die Einführung von Beamtenausküssen. Das Recht der Gemeindebeamten, dessen Ausgestaltung zum großen Teil heute durch die Gemeinden festgelegt wird, soll möglichst durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Vor allem fühlen sich die Gemeindebeamten durch eine Bestimmung der Neubildeten Städteordnung zurückgesetzt, die ihnen bei Wahl zum Stadtparlament verhindert. Auch die Volksschullehrer bringen eine ganze Reihe von Wünschen, erfreulicherweise auch solche, die bisher von der Leipziger Lehrerschaft nicht gerade mit besonderem Nachdruck vertreten worden sind. Nach den Ausführungen des Referenten werden verlangt: Die Einführung der Einheitsschule, Befreiung des religiösen Memorialstosses, Herabsetzung der Schülerzahl auf höchstens 85, Abschaffung der regelmäßigen (1) körperlichen Büchtlungen, Befreiung der geistlichen Schulaufsicht usw. Ferner soll zu den Bezirkschulkommissionen das Elementarproblem herangetragen und den Lehrern die Möglichkeit gegeben werden, als Schöffen zu fungieren.

Das sind fast ausnahmslos Forderungen, die seit Jahren von der Sozialdemokratie erhoben werden, bisher aber an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien scheiterten. Das alles wird die Herren Festesoldaten aber schlechtlich nicht abhalten, sich abermals durch einige windige Versprechungen läudern zu lassen und den nationalen Brüdern gegen die Umspurpartei“ Gesangsatz zu leisten. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Claus, erklärte zwar, alle Gerüchte, daß bereits mit einigen Parteien wegen der Landtagswahlen verhandelt werden sei, beruhen auf Erfahrung. Der Verein werde nur mit den Traditionen, nicht mit einzelnen Mitgliedern unterhandeln und nur diejenige Partei unterstützen, die die Forderungen des Vereins unterstreicht. Dabei drohte Herr Claus, daß man im Nothfall auch selbst einen Kandidaten aufstellen werde. Aber die weitere Bemerkung, die Mitwirkung bei einer Partei werde selbstverständlich davon abhängig gemacht werden, daß dem Wahlverein der Festesoldaten ein Mitbestimmungsrecht bei der Aufführung der Kandidaten eingeräumt werde, sieht doch ganz so aus, wie ein Hinterzürcher, daß sich die Herren offenholten möchten, um im geeigneten Augenblick mit einem Schein von „Recht“ umfallen zu können. Denn offenbar ist man sich darüber nicht im Klaren, daß es eine ziemlich starke Summung an einer politischen Partei ist, einer einzelnen Berufsgruppe ausdrücklich das Recht auf eine Extrawurst zugestehen.

### Die Leipziger Handelskammer gegen die neue Fernsprechgebührenordnung.

Der beim Reichstag vorliegende Entwurf einer neuen Fernsprechgebührenordnung, deren verkehrshindrliche Tendenz den Protest weiterer Kreise der Gesellschaftswelt herausgesetzt hat, beschäftigte gestern abermals die Leipziger Handelskammer. Schon im vorigen Jahr hatte die Kammer, gleich anderen Interessen, gegen die Absichten der Regierung, von der Erhebung einer Postgebühr abzuheben und die Berechnung der Anschlußgebühr einzuführen, Stellung genommen und in Eingaben an das Ministerium des Innern, an das Reichspostamt und an den Reichstag auf die Schäden hingewiesen, die durch eine Versteuerung des Fernsprechverkehrs für Handel und Industrie entstehen würden. Alle Proteste sind aber vergeblich gewesen. Die neue Vorlage entspricht im wesentlichen der ersten vorläufigen Deutscherbst, und hält besonders an der Befreiung der Postgebühr fest.

Der Verlehrbauskusch der Kammer erklärte, die Befreiung der Postgebühr werde in den weitaus Kreisen als ungerechtfertigte Einschränkung von Handel und Industrie, als eine durchaus verkehrsfreundliche Maßnahme betrachtet. Man müsse sich auch entschließen gegen eine einheitliche Gesprächszählung wenden, die dem Teilnehmer jedeweile Kontrolle entziehe. Ein einheitliches Vorgehen aller Körperschaften sei umso notwendiger, da der vorjährige Protest bei der Regierung ancheinend nicht den geringsten Eindruck gemacht habe. Auf Vorschlag des Ausschusses wurde beschlossen, an den Reichstag und an das Ministerium des Innern in Dresden eine Resolution in diesem Sinne abzusenden.

Mit der Befreiung und besonderen Verkürzung dieser Resolution im Reichstag soll der Leipziger nationalliberale Abgeordnete Dr. Junc beauftragt werden, allerdings der allgemein geprägten Vertreter. Die Herren der Handelskammer scheinen ganz verzogen zu haben, daß es bei der letzten sogenannten Steuerreform gerade die Nationalliberalen waren, die mit ihrem handels- und verkehrsfreundlichen Treiben die Regierung noch übertrumpft.

St. Bureaucratius hat Leibschmerzen. Folgende aufregende Mitteilung finden wir im S. T.:

Ein Fehler in der Leipziger Wahlkreisteilung. Nach § 4 des neuen Wahlgesetzes für die Zweite Kammer wird das Staatsgebiet „in Gemäßheit der Kultur WK“ in 91 Wahlkreise geteilt. In dieser Anlage WK wird nun bestimmt, daß Leipzig mit einer größeren Zahl von Orten der näheren Umgebung 7 Abgeordnete zu wählen hat. Unter diesen Orten wird aufgeführt: „Völzsch mit Burgau und mit den Gutsbezirken Barneck und Leutzsch“. Dabei ist, sowohl von der Wahlgesetzdeputation der Ersten wie auch der Zweiten Kammer des Landtags übersehen worden, daß der Gutsbezirk Barneck am 15. Februar 1908 von der Gemeinde Höhly-Hohenberg einverlebt wurde. Der Rat der Stadt Leipzig, der sich bei der von ihm vorgenommenen Wahlkreisteilung vorsichtig nur nach der Anlage WK richten konnte, hat den Gutsbezirk Barneck dem 7. Leipziger Wahlkreis zugesetzt. Nunmehr aber hat sich, wie uns aus Höhly-Hohenberg geschrieben wird, diese Gemeinde energisch gerührt und beansprucht, daß der zu Höhly-Hohenberg gehörende Gutsbezirk Barneck mit der genannten Gemeinde zum 20. ländlichen Wahlkreis zu gehören habe. Diesem Erfuchen wird auch entsprochen werden müssen. Man wird also den Gutsbezirk Barneck als „nicht mehr bestehend“ behandeln müssen, ähnlich wie das mit der Gemeinde Niederspaar zu geschehen hat, die — wie wir schon früher erwähnt — bei der neuen Wahlkreisteilung beim 18. ländlichen Wahlkreis verblieben ist, obwohl der Ort von Meilen einverlebt wurde und demgemäß zum 7. städtischen Wahlkreis gehört. Immerhin wird die Richtigstellung solcher Verschärfen einige Umstände machen, wenn alle formalen Allüschten beobachtet werden sollen.

Es wird geräuscht um die Mandate zum Landtag. Das Leipziger Tageblatt teilt mit, daß als konervative Kandidaten für die fünf sicher Leipziger Kreise mit bestimmtheit Stadtrat Kynsel, Stadtrat Seifert, Stadtvorordneten-Vizebürgermeister Baurat Eule, Stadtvorordneten-Architekt Höhne und Sanitätsrat Dr. Brüdner genannt werden. Die Herren seien nämlich mehr oder weniger konservativ, aber — mit Ausnahme des Belegnamens — doch nur konservativ in Günselschön, d. h. sie würden die Partei für die von ihnen vertretenen Sonderinteressen zu engagieren suchen. „So rächt sich die von konservativer Seite aus in den letzten Jahren stark geübte Geöffnetigkeit, allen möglichen Sonderinteressen und Sonderrechten die weitgehendsten Bugestandnisse zu machen, um den „Heerbann“ möglichst groß erscheinen zu lassen. Das Ende ist die Verdammung zur völligen Ohnmacht, wie sie sich jetzt bei den Konservativen hier in Leipzig zeigt. Uebrigens soll über die ganzen Abmachungen die Mittelstandsvereinigung ihre segnende Hand gebebt haben.“

Diese scharfenden Worte aus nationalliberaler Mund erzielen die ihnen gehörende humoristische Wirkung auf alle Fälle. Schließlich fallen sich die hadernden Brüder doch wieder in die Arme.

Eine Ausstellung von Universitäts-Altertümern gebucht der Rat aus Anlaß des Universitätsjubiläums im Alten Rathaus zu veranstalten. Die Gesamtkosten werden auf 7500 M. geschobt. Man hofft jedoch, diese Summe durch Eintrittsgelder (60 Pf.) usw. wieder hereingezubringen.

**Wetterbeobachtungen.** Wie unseren Lesern bekannt ist, sollen demnächst auf der Thomaskirche und auf dem Bauhof an der Thüringestraße Wetterbeobachtungsinstrumente aufgestellt werden. Die Landeswetterwarte in Dresden hat den Wunsch ausgedrückt, daß die Wetterbeobachtungen fortan durch städtische Organe ausgeführt und daß die Instrumente auf Kosten der Stadt angehäuft werden. Der Rat will diesem Gesuch zu stimmen, wenn auch die Stadtvorstände damit einverstanden sind.

Für die Bahnhofssmission, die der Frauenverein „Mädchenhaus“ ausübt und die darin besteht, an kommende Frauen, besonders aber Mädchen, vor Ausbeutung und sittlichen Gefahren zu bewahren, will der Rat, falls die Stadtvorstände zustimmen, jährlich 300 M. gewähren.

Für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Das Leipziger Bezirkskommando macht bekannt:

In der Zeit vom 1. bis 15. März d. J. erhält jeder Unteroffizier und Mann der Reserve, Landwehr I und Landwehr II, sowie die Dispositionsbürländer und einige Mannschaften der Erfahrsreserve eine Mitteilung — Kriegsbeordern oder Pahnotiz — über ihre Verwendung im Falle einer Mobilisierung, gültig vom 1. April 1900 bis 31. März 1910, ausgängig. 1. Die Zustellung der Kriegsbeordnungen (auf gelbem Papier) bzw. Pahnotizen (auf weißem Papier) erfolgt in der Stadt Leipzig mit Vororten durch Ordonaunzen, in den zum Landwehrbezirk Leipzig gehörigen Gemeinden durch die Gemeindebehörden. 2. Alle noch nicht zur Meldung gebrachten Wohnungsvoränderungen sind sofort den Bezirkskommandos, Hauptmeldebeamten, zu melden. 3. Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes, ausgenommen Erfahrsreserve, haben in der Zeit vom 1. bis 15. März — wenn sie nicht selbst zu Hause sein können — einen erwachsenen Unverwandten, Mitbewohner, den Quartierwirt usw. mit der Empfangnahme des Befehls zu beauftragen. 4. Jeder Unteroffizier und Mann der Reserve, Landwehr I und II und jeder Dispositionsbürländer, der bis zum 15. März noch keine Kriegsbeordnung oder Pahnotiz erhalten hat, hat dies umgehend dem betreffenden Bezirkskommando, Hauptmeldebeamten, schriftlich oder mündlich zu melden. Die Erfahrsreserve hat diese Meldung nicht zu erstatzen.

**Warnung vor Heilmittelanzügen.** In diesen Tageszeitungen ist eine Anzeige aufgenommen worden, in der Dr. med. Müller nacht. in Genf einen preisgekrönten, lehrreichen Ratgeber bei Männerkrankheiten usw. anpreist. Nach den vom Gesundheitsamt angestellten Erörterungen handelt es sich um vorwiegend briefliche Behandlung von Geschlechtsleiden aller Art. Da noch dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen des Gesundheitsamts die breitliche Behandlung derartiger Leiden in den weitaus meisten Fällen nicht zum Ziel führt, sondern im Gegenteil Fehlagnosien und falsche Behandlungsmethoden zeitigt, wird das Publikum durch das Interatirregeleit und über den wahren Wert der Broschüre und der Methode getäuscht.

**Ausichtspostkarten.** In Übereinstimmung mit einem vom Kammergericht erneut ausgesprochenen Grundsatz wird in einem Rundschreiben des preußischen Ministers des Innern darauf aufmerksam gemacht, daß gewöhnliche Ausichtspostkarten, d. h. solche, die lediglich ihrer ausschließlichen Bestimmung, nämlich Briefen des Verkehrs, des geistlichen und häuslichen Lebens dienen, ohne daß der Darstellung ein politischer, religiöser, sozialer oder unstilllicher Gedanke warumde liegt, von der Postkarte der Angabe des Druckers, Verfassers oder Herausgebers befreit sind.

Die zweite Sitzungssprüche des Schwurgerichts zu Leipzig, zu deren Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Groß bestimmt worden ist, wird am Montag, 22. März, vormittags 1/10 Uhr, abgehalten und vorab schriftlich nur von kurzer Dauer sein.

**Die Wasserfahrläufe.** Auf die im Auftrage der vom Hochwasser geschädigten Einwohner von Schleusing an den Rat der Stadt Leipzig gerichtete Eingabe wegen Entschädigungsansprüchen schreibt der Rat, daß er, soweit seine Unterstützungsabsicht von den einzelnen Personen vorliegen, in der Angelegenheit nichts tun könne. Mit dieser Antwort beschäftigte sich eine in den Park Schleusing einberufene Einwohnerversammlung. Stadtvorordner Dr. am m. s. bemerkte, daß der Rat leider laut Gesetz nicht verpflichtet sei, mit städtischen Mitteln einzutreten. Jedoch habe er die moralische Pflicht dazu. Im allgemeinen war man mit der Antwort des Rates nicht zufrieden gestellt. Man war der Meinung, daß durch die frühere nicht zweckentsprechende Flussregulierung der Elster eine gewisse Verantwortung des Rates doch vorliege. Dovore hierfür sei der vom Rat abgelehnte Plan der Grundstücks-Gesellschaft über Erhöhung des Damms des Elsterlaufes. Es wurde die Meinung laut, daß die Katastrophe dem Rat jedenfalls noch nicht verheerend genug gewirkt habe, um tatkräftig einzutreten. Der Vorsitzende gab am Schlus der Versammlung jedem einzelnen den Rat, seine Entschädigungsansprüche an das Göttingeramt der Stadt Leipzig einzureichen.

**Selbstmord.** Mit Morphium vergiftete sich am 9. d. Ms. in einem kleinen Hotel ein 85 Jahre alter Kaufmann aus Berlin. Der Beweisgrund ist unbekannt.

**Leichenbergung.** Vorgestern wurde in der Weißle im Connewitzer Holze der Leichnam eines Mannes aufgefunden. In dem Tote wurde ein in der Collredostraße wohnhaft gewesener 27 Jahre alter Markthelfer erkannt. Es ist nicht bekannt, was den Mann in den Tod getrieben hat.

Oberhalb der Verbindungsbahn wurde die Leiche eines jungen Mannes aus dem Weihenmüllergraben gezogen. Der Tote wurde als der im Jahre 1879 in Geringswalde geborene, in L-Connewitz wohnende Karl Albert Roneberger identifiziert. Die Leiche wurde nach der Anatomie gebracht. Es liegt offenbar Selbstmord vor.

Ferner brach am Sonnabend in einem Lagerraum einer Feuerwarenfabrik in der Kolbstraße in L-Pagwitz aus. Der Brand wurde, ehe er größere Ausdehnung nahm, von der Feuerwehr unterdrückt.

Gestern nachmittag entstand Feuer in der Wohnung eines Sattlermeisters in der Demmeringstraße. Ein Lehrling hatte ein brennendes Bündholz unachtsam weggeworfen und dadurch 4 Gebett-Betten in Brand gelegt. Die Feuerwehr hat den Brand bald befehligt.

Ferner war gestern nachmittag die Feuerwehr nach der Nikolaistraße gerufen worden. Dort war nur ein starker Rauchniederschlag die Veranlassung zu der Feuermelbung gewesen.

**Stratenunfälle.** Zusammenstoße fanden am Sonnabend in der Frankfurter Straße zwischen einem Motorwagen und einer Drosche und am Augustusplatz zwischen einem Rollgeschirr und einem Motorwagen statt. Der Rollfahrer fiel von seinem Wagen herab. Zum Glück wurde er nur unverhältnismäßig verletzt.

In der Elisenstraße kam am Sonnabend ein Radbeamter beim Abpringen von der Straßenbahn zu Halle, wobei er sich die Stirn ausstieß. Der Verunglückte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Ferner war am Sonnabend in der Gohliser Straße ein Dienstmädchen beim Abpringen von der Straßenbahn zu Halle gekommen. Das Mädchen hat eine Kopfverletzung und eine leichte Gehirnerschütterung erlitten.

In der Brandenburger Straße wurde von einem Postgeschirr ein von zwei Markthelfern gezogener, beladener Glaswagen angelaufen. Einer der Markthelfer wurde zu Boden geworfen und verletzte sich an den Knien. Auch klagte er über heftige Schmerzen in der Brust.

Heute vormittag erfolgte am Schlachthof ein Zusammenstoß zwischen einem Fleischergeschirr und einem Rollfahrzeug. Der Führer des Fleischergeschirrs, ein Lehrling, fiel vom Wagen und schlug mit der linken Schulter auf das Rollfahrzeug. Er erlitt eine schwere Verletzung und mußte nach Hause gefahren werden.

Eine 50-jährige Hausfrau wurde heute früh 4.7 Uhr in der Hallischen Straße von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, und erlitt beim Fallen eine knallende Wunde über dem linken Auge. Sie wurde nach ihrer Wohnung gebracht.

**Auskunft bei der Polizei.** Beim Ausbrunnen eines Bogis eines Hauses der Emilienstraße, verunglückte heute ein Ausbrunner dadurch, daß er sich beim Transport eines Pianos einen Bruch des rechten Knorpels zog.

**Beim Schleisschlaufen auf dem Rosentalteich** fiel gestern ein junges Mädchen hin und mußte in ein nahe Restaurant gebracht werden, da es bewußtlos geworden war. Nach einiger Zeit erholt sich das Mädchen wieder.

Ein Betrüger, der seit September 1908 teils unter dem Namen Hans Hempel als Sohn eines Rittergutsbesitzers in Bergeshain bei Weimar, teils als Bauführer und Hochbau-techniker Walter Kuhn, Sohn eines Oberförsters aus Regensburg, als Hochstapler und Beträtschenschwindler aufgetreten ist, wird vom Polizeipräsidium in Berlin gesucht. Der Schwindler prahlte mit großem Vermögen, gab sich als Adjutant des sächsischen Gardereiterregiments aus und zeigte einige Kenntnis der lateinischen und französischen Sprache. Von Ende September bis Anfang Oktober v. J. hat sich der Betrüger in Frankfurt am Main und später in Berlin aufzuhalten. Am 28. Dezember sandte er an eine der von ihm geschädigten Personen von Dresden eine Postkarte. Seitdem hat er nichts wieder von sich hören lassen. Der Gesuchte macht einen etwas heruntergekommenen Eindruck und führt kein Gewicht bei sich. Er will am 18. November 1879 in Bergeshain geboren sein. Der Verfolgte ist übermittelgroß, schlank, hat schwarzes, volles Haar, schwarzen, starken, gesetzten Schnurrbart, im Kinn ein Grilbchen, trägt Kneifer und spricht sächsische Dialekt. Überhalb des Nagels am rechten Mittelfinger soll er eine Narbe haben. Gewöhnlich schwindelt er den Leuten vor, er habe auf der Post Geld lagern, könne dies aber augenscheinlich mangels eines persönlichen Ausweises nicht erhalten.

Dieserzeit. Einen Tausendmarksschein sollte der Kellner Gustav Nothardt aus Erlurt seinem Prinzipal in Zeit einwechseln. Statt dies zu tun, ist er mit dem Tausendmarksschein verschwunden. Wahrscheinlich hat er sich nach Leipzig begeben. Nothardt ist etwa 22 Jahre alt, von mittlerer Größe, dunkelfleckig, hat Anflug von Schnurrbart und trägt einen schwarzen Jackettanzug mit weiß-ausgezeichneten Weste, schwarzen steifen Hut und Schnürschuhe.

Mit Hilfe eines Nachtläufers wurden aus einer Wohnung der Reichenhainer Straße zwei goldne Damenuhren, darunter eine mit Sprungdeckel Nr. 50986 und Monogramm J.D., eine ältere silberne Herrenuhr mit Schlüsselaufzug, mehrere goldne Damertoline, ein Geldbeutel, mehrere Bettbezüge und Herrenhemden mit Monogramm J.D. gestohlen.

Ferner entwendete Diebe aus einer Wohnung der Merseburger Straße eine goldne Herren-Ramontol-Savonetteuhr Nr. 8884 samt einer goldenen feingliedrigen Kette im Gesamtwerte von 210 M. und aus dem städtischen Schlachthof ein halbes ausgeschlachtetes Schwein, gestempelt Moritz Vogel.

## Von Nah und Fern.

Im Ballon über den Ozean.

Überlich, 11. März. Der frühere Herausgeber der Illinois Staatszeitung, Joseph Bruder, ein geborener Österreicher, tritt in Juli von Cadiz aus im Ballon eine Fahrt nach Spanisch-Westindien an, indem er der Route folgen will, die Kolumbus eingeschlagen. Die Reise soll eine Woche beanspruchen. Graf Zeppelin steht mit ihm im Einvernehmen.

### Schneefürrie.

Bulauost, 11. März. Der gesamte Zugverkehr ist infolge eines heftigen Schneefürries und starker Schneefälle unterbrochen.

### Auskunft in Rechtsfragen.

St. B., Lindenau. Natürlich können die Betroffenen das bezeugen; ob unter Eid, liegt ganz im Ermessen des Gerichts.

St. B. 69. Gewiß hat ein Ausländer auch Anspruch darauf.

Hat man Ihnen denn nicht die Gründe der Abweisung angegeben?

**Alte Zeit.** Sie müssen Ihre Frau durch das Gericht auffordern lassen, zu Ihnen zu ziehen. Ihre Frau kann allerdings nicht dazu gezwungen werden, wenn Sie aber im Zeitraum von einem Jahre, vom Tage der Aufforderung an gerechnet, nicht zu Ihnen zieht, können Sie Scheidungsplatte einreichen. Wenn Gründe wie die in Ihrem Briefe angegebenen in Frage kommen, können Sie allerdings schon jetzt die Scheidungsplatte einreichen, früher ist auch kein Eid zu leisten.

A. Th. 60. Das Vormundschaftsgericht kann allerdings Einwendungen erheben, wenn es in dem Vertrage eine Benachteiligung des unehelichen Kindes erblickt.

E. Sch. 101. Volljährig wird man mit Ablauf des 21. Lebensjahres. Großjährig und volljährig ist gleich. Besondere Alters werden mit dem 25. Lebensjahr nicht weiter erworben, außer dem Wahlrecht.

D. K. 100. 1. Dazu waren Sie berechtigt. 2. Nein. 3. Nur bis zu dem Tage, bis zu welchem Sie dort wohnten. 4. Sie müssen auf Herausgabe der Maschine klagen, wobei Sie zweifellos obliegen werden.

G. K. 87. Sie haben Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen.

## Postkasten der Redaktion.

**Gewerbe.** Sie brauchen es nicht anzumelden. Auf die Annullierung zur Steuer kann jedoch der Nebenerwerb von Einfluß sein, da Sie Ihr Gesamtinkommen versteuern müssen. Dergleichen welche Nachteile sind nicht erschlichen.

## Gericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag, den 9. März 1909.

	(Mitgeteilt von Gebr. Gläß)		
Weizen per 1000 kg netto	inländischer	217—222 bez. Br.	
stiel	Argentinier	248—250 bez. Br.	
	Ransas	248—250 bez. Br.	
	Russischer	248—250 bez. Br.	
Roggen per 1000 kg netto	inländischer	167—171 bez. Br.	
ruhig	Preußischer	168—172 bez. Br.	
	ausländischer	—	
Gerste per 1000 kg netto	Braunerste, biesige	200—210 bez. Br.	
	feinste über Ratis	209—218 bez. Br.	
	Saigergerste	145—172 bez. Br.	
	Mühl- und Butterware	—	
Hafer per 1000 kg netto	inländischer	183—188 bez. Br.	
behauptet	feinster über Ratis	—	
Mais per 1000 kg netto	ausländischer	—	
	amerikanischer	163—170 bez. Br.	
	runder, neuer	175—194 bez. Br.	
	Cinquanti	—	
	Raps	—	
Oelflasche per 1000 kg netto	18.00—18.50 bez. Br.		
Rapsöl, rohes p. 100kg netto	flüssiges	58.25 nominal	
Rapsöl, ohne Fett	gefrorenes	57.75 Br.	
		Außenamtlich.	
Mais per 100 kg netto	befestig ab Fabrik	82.00—86.00	
	secunda	29.00—30.00	
Widder per 1000 kg netto	loco	180—190	
	loco grobe	230—260	
	" kleine	200—220	
	" Butter	190—200	
Bohnen per 1000 kg netto	loco	200—260	
	kleefast per 100 kg netto	rot nach Qualität	
		100—130	
		weiß nach Qualität	90—120
		gelb nach Qualität	60—70
		schwarb. n. Qualität	120—150
Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig u. Umgegend usw.:			
Wiemersmehl Nr. 0081.50	Roggemehl Nr. 0	25.00	
per 100 kg " 0 29.00	" 1	—	
per 100 kg " I 22.00—24.00	per 100 kg " II	17.00—19.00	
eg. Gad " II 20.00—22.00	eg. Gad " III	14.00—16.00	
Wiemersmehl 11.50—12.00	Roggemehl 12.25—13.25		
	per 100 kg eg. Gad "		

# Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Leipzig und Umgegend dekare ich mich ergebenst anzuziegen, dass ich am hiesigen Platze, und zwar

morgen Freitag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr

ein Spezial-Geschäft fertiger

## Herren- und Knaben-Garderoben

mit Anfertigung nach Maass unter Leitung bewährter Zuschneider eröffnen werde.

Durch meine fast 20jährige Tätigkeit in Leipzig habe ich durch strenge Qualität das grösste Vertrauen allezeit mir zu erwerben vermocht, so dass ich bei der Gründung meines neuen Unternehmens die Sicherung hegen darf, das Interesse für mein Geschäft in den weitesten Kreisen von neuem wackurufen.

Durch vorteilhafte Einkäufe in allen Mode-Neuheiten, durch eine reichhaltige Auswahl, insbesondere aber durch eine gewissenhaft fachmännische Bedienung werde ich bemüht bleiben, meine wertgeschätzte Kundschaft wiederholt an mein Geschäft zu fesseln.

Hochachtungsvoll

Leipzig, Hallische Straße 1  
Ecke Brühl.  
Fernsprecher 8442. — Fernsprecher 8442.

Markus Anspach.

**Wollen Sie**  
reell und gut bedient sein,  
dann kaufen Sie Uhren  
und Goldwaren bei  
**Hermann Tyrlich**  
Plagwitz  
Weisenf. Str. 30, Ecke Ziegelstr.  
Uhren, Marke-Freihalt,  
Metallwaren-Lager.

**Kleinzschocher**  
Grüsstes [4000]  
**Schuhwaren-Lager**  
und Reparaturwerkstätte  
**Christian Eichel**  
Dietrichsstraße 11.

**Mandelkleien-Selje**  
mildeste aller Seifen, besonders  
zum Waschen u. Baden kleiner  
Kinder, da dieselbe einen schönen  
zarten und weißen Teint erzielt.  
Allein-Verkauf à Karton, enthalt.  
3 St., 50 Pf., in der Hofapotheke  
zum weißen Adler, Hainstr. 9. \*

**Zahn-Atelier**  
Helene u. Charlotte Schmidt  
Telephon 6622 —  
Rennitz, Koblenzstr. 44, I.  
Neu-Sellerh., Rosbachstr. 1, pt.  
Schönende Schandl. — Bill. Breite.  
Wittg. d. Drittkrankenhaus 25 Bro.

**Hausfleischerei Wurst und**  
Fleischwaren. Morg. Freitag  
**Schlachtfest.**  
R. Zacharias H.  
**A. Rötschke,** Stötteritzer Straße  
**Gegenseitige Hilfe in der**  
Tier- u. Menschenwelt.  
Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.  
Volksschule. Leipzig und Filialen.

**Der Pfaffenspiegel**  
von Corvin.  
Säcke gebunden 4 Mt.  
**Volks-Buchhandlung**  
Leipzig  
Tauchaer Strasse 21  
und Filialen.

100 M.

kann eine jede Hausfrau mit Leichtigkeit verdienen durch gute Führung des Haushaltes, ohne sich Einschränkungen aufzuerlegen. Kaufen Sie eine Postkarte

für

5 M. Schreiben Sie diese an die Firma Jurgens & Prinzen, Goch (die Fabrikanten der beliebten Margarine-Spezialitäten Rheinperle und Solo in Carton) und ersuchen Sie um Gratis-Zusendung der vorne im ausgestatteten Aufklärungs-Broschüre über Margarine.

5 M.

Kriegsbriefe. Von Generalmajor Kühnau. Statt 5 Mk. nur 2 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Goethe. Faust I. und II. Teil, in Liebhaber-Einbd. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Prachtv. Federbetten Gebett 12.50, 14, 18, 25, 38 Mf., haben 6. Selmar Kraft, Einbd. Wart

Feine Wäscherei und Plättterei. A. verw. Gabler, Möllerstr. 11, pt. 1.

Bürgerliches Gesetzbuch B. 30 Pfg. Volksbuchh. Leipzig u.d. Filialen.

Vogelfutter. Mirok, Samenbtl. dt. Marke.

Serie I.

# Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal wöchentlich

## Beerdigungsanstalten u. Sargmagazine

W. Fuchs, verw. Vo., Bogislawstr. 28. Hugo Irnert, Schleussig. Arbeit, Körneritzstr. 64. Ernst Koenze, Lindenauer Str. 5. E. Merker, Ang., Zweinaund. Str. 12. Gebr. Reiche, 10m. Str. 48. Körneritzstr. 35. Otto Röhlich, Lind., Marktstr. 8. Wilh. Steingruber, 6a, Eisenachstr. 34. Thanatos, naund. Str. 13. 15%, R. M. Verbeck, Kirchstrasse 82.

## Berniskleidung

J. Blüthgen, Täubchenweg 8. H. Heerde, Bayresche Str. 34. Ludw. Holthausen, Schönefeld, Sonntags v. 11—2 Uhr geöffnet. A. Mehus, Mock., Hermannstr. 2. R. Puff, Stött., Schwarzackerstr. 2. Herm. Veigt, Böhltz-Ehrenberg.

## Bettfedern, Betten

G. Gartner, Leutzsch, Hauptstr. 48. Ad. Kirschberg N., Eisenach, Reichstr. 39. E. Moser, Reudn., Oststr. 9. H. Oldag, Südstrasse 2. Ad. Petzold, Li., Birkenstr. 12. J. Schwartz, Brühl 50. Gegr. 1706. G. Straube, Hedwigstrasse 15. Th. Tröhl, Hospitalstrasse 26.

## Brauereien, Bierhandl.

Gust. Döring, Thomasiusstr. 24. J. Pottkämper, Eutritzsch, seine ansbest. Maltz. Hopfen gebr. Biere. Trinkt Biere von

Gehr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz. Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig.

C. Schubert, Peter- u. Fleischberghd. Stöp. 5

## Erikets, Kohlen

G. Behr Nachf., Oskar Schönfuss L.-Vo., Kirchstr. 100 (am Viad.) Bruno Berger, Stött., Hauptstr. 60. Ernst Claus, Josephinenstr. 81. O. Dorn, Neu-Mockau. O. Freiberg, Co., Pfeffingerstr. 19. Ferd. Grabau, N. Tauchaer Str. 30. Hönicke & Schuhardt, L. Sollern, Bennigenstrasse 2. Tel. 9896. Gust. Kirschbaum, Li., Queckstr. 3.

Leipziger Kohlenkontor

Willige Bezugquelle für Heizungsmaterial.

Hermann Matz & Co.

Eilenb. Bahnhof Tel. 10937

Nostitzstr. 18

Plagwitzer Bahnhof Tel. 10936

Elisabeth-Allee 40

Stötteritzer Bahnhof Tel. 13694

Stötteritzer Strasse 111.

Eduard Pankert, Co., Peg. Str. 81.

Alfr. Richter, Paunsd.-Sommerf.

Carl Schneider Nachf.

Eutr. Str. 20, Freiladebahnhof.

Alb. Schwarze, Anger, Mölk. Steinw. 18.

B. Uhlig, Eutr., Delitzscher Str. 58.

F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

## Butterhandlungen

E. Arndt, Bayrische Str. 28.

B. Burkhardt, Scht., Dimpfelstr. 11.

Grossmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.

O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.

D. Müller, Schönel, Leipz. Str. 46.

Paul Seidel, Paunsdorf.

Kurst Steger Mf., Grim. Steinw. 18.

Ferd. Steinbach, Torgauer Str. 18.

Kauf. Tiaubenbutter."

Emil Werner, Schd., Dimpfelstr. 16.

A. Winkler, Eck. Nrnbr.-u. Königst.

A. Zieger, Klisch., Dieskastr. 84.

## Chocoladenhandlungen

M. Bercht, Pflg., Zschoch. Str. 36.

Alb. Gärtnor, Eisenbahnstr. 128b.

E.A. Martin Nachf. Wurzner Str. 37

Altes Rathaus

Reichenstrasse 18.

Gust. Michael, Kohlgartenstr. 65.

Spieler, Müggels Nachf., Kleinzach.

Dieskastr. 2. Spielers Söhnen,

Nuss- u. Speisezuckerfab., Keksen sind vorzügl.

## Cigarrenhandlungen

### Fürst Potemkin-Cigaretten.

Genossenschaft-Cigarre, zu

Arbeiter- hab. Tauchaer Str. 19/21

Franz Bauer, Täubchenweg 66.

L. Meyerh., L. Mendel, Zweinaund. Str. 21.

A. Bibel, Ecke Kreuz- u. Lange Str.

Ford. Bleek, Wurzner Str. 16.

Rich. Büttnar, Nürnberger Str. 4.

Alfr. Dietze, Co., Pegauer Str. 24.

J. P. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 1.

Franz Espich, Renn., Rathausstr. 39

Gebr. Felber, Zig.-Fabrik, Verk. d.

g. Detail-Gesch., Blücherstr. 21

A. Fischer, Nisch., Klaug., Ecke Wagnstr.

B. Grotkau, Renn., Dresden. Str. 41.

Markt

Hebenstreit, Ladenbau 11.

Hermsdorf & Korges, Zeitz. Str. 24b.

H. Holtmann, Leutzsch, Hauptstr. 11.

Otto Kolbe, Stött., Leutzsch. Str. 1.

Rud. Kahn, Lind., Kanzlerstr. 40.

A. Lange, Li., Lützner Str. 108.

O. Leipnitz, Ren., Kohlgartenstr. 29.

Herrn. Mennicke, Windmühlen-

Strasse 21.

G. Mergner, Co., Waisenhausstr. 20.

Fritz Müller, Co., Pegauer Str. 45.

C. Vogel, Li., Karl-Heine-Str. 74.

Carl Wagner, Co., Pegauer Str.

Alb. Weber, Pl., Weissstr. Str. 28.

H. Weber, Lind., Gutsmuthstr. 39.

M. Wisotzky Mf., Vo., Ewaldstr. 16.

Wolf. Eitelbaum, Planenäche Pass. 88.

P. Wissmann, Em., Leibnitz., Ecke Hauptstr.

Alfred Schönheit, Albertstr. 13.

Otto Selle, Täubchenweg 25.

K. Uhlmann, Comeniusstr. 23 (a.R.).

G. Vogel, Li., Karl-Heine-Str. 74.

Carl Wagner, Co., Pegauer Str.

Alb. Weber, Pl., Weissstr. Str. 28.

H. Weber, Lind., Gutsmuthstr. 39.

M. Wisotzky Mf., Vo., Ewaldstr. 16.

Wolf. Eitelbaum, Planenäche Pass. 88.

P. Wissmann, Em., Leibnitz., Ecke Hauptstr.

Damen-Konfektion

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.

J. Krug, Johanniskirch. 1/2.

Zollner, Zeitzer Str. 2. Mäntel,

Blusen, Kostümäcke, Kleiderstoffe, Wäsche

Drogen und Farben

Curt Fritzsche, Möck., Wolfstr. 2.

E. Friedrich, Schönel, Leipz. Str.

G. Heydenreich, St. Privatstr. 25.

Curt Kunde, Stött., Ecke Hauptstr.

A. Kunze, Neusellern., Wurzn. Str. 20

M. Lützkendorf, Kleinzschöcher,

Dieskastr. 44.

Marlen-Drogerie, Lange Str. 32 a.

Merku-Drog., Reu., Dresden. Str. 83

Ost-Drogerie, Sell., Eisenbahnstr. 150.

Reichs-Drogerie, Raufasche Gasse 7

Franz Saitenmacher, Mockan.

H. Schuhmann Nachf., Elisabethstr. 2.

G. Sell., Vo., Kirchstr. 48, Ecke Rab.

Max Springer Nachf., Nrnbr. Str. 37

Gg. Stegerl, Konradstr. 58 a.

Li., Konradstr. 58 a.

Otto Zöblisch, Christ.-Weisse-Str. 16.

Eisen- und Stahlwaren

E. Claus, Eutr., Wittenberg. Str. 34.

Alb. Förner, Leutzsch, Hauptstr. 12.

Fedor Gross, Li., Josefstrasse 33.

E. Heinicke, Eisenbahnstr. 98.

Herm. Hessler, Reitzenh. Str. 28.

Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 38.

E. Höschler, Schl., Körneritzstr. 58.

Aug. Hoppe sen., Ichheuhs. Str. 32.

A. Kittler, Go., Lothringer Str. 59.

M. Lange & Bleger, Eisenbahnstr. 46.

Alwin Minkwitz, Eisenhändler,

Stött., Hauptstr. 87, a. Rathaus.

F. Niedel, Ecke Mönchstr. 10.



# feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 57

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Das Meer.

Märchen von Karl Ewald.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Eines Morgens stand eine neue Pflanze zwischen den Salzkrautpflanzen.

„Wer bist du, und was willst du?“ fragten die Salzkrauter.

„Ich heiße Strandhafer,“ sagte die Pflanze. „Und ich will hier stehen bleiben, Ich bin übrigens nur ein ganz gewöhnliches Gras.“

„Wie bescheiden du bist,“ riefen die Salzkrauter.

Der Strandhafer trieb ein paar lange Ausläufer, die Wurzel schlügeln, und aus diesen neuen Gräsern aufschossen.

„Woher willst du nun?“ fragten die Salzkrauter. „Sag... da kommst du ja auch von der andern Seite her. Was beschäftigt du eigentlich?“

„Ich, ich breite mich ein wenig aus,“ sagte der Strandhafer. „Ich denke, meine Ausläufer halten die neue Erde zusammen. Sie ist ja schrecklich öde.“

„Ich danke dir für deine Hilfe,“ sagten die Salzkrauter.

„Du bist willkommen, wenn du für die neue Erde sorgen kannst. Wir haben sie zusammengebracht, will ich dir sagen. Ich glaube nicht, daß das Meer gegen deine Unwesenheit etwas einzubringen hat.“

„Mit dem Meer habe ich nichts zu schaffen,“ entgegnete der Strandhafer. „Ich halte mich nicht wie du einmal zu dieser Stunde, Ich gehörte dem Lande und nur dem Lande an.“

„Gut,“ sagten die Salzkrauter. „Du brauchst dich nicht so ins Beug zu legen. Wenn wir nur hierbleiben dürfen.“

„Jeder sorge für sich selbst, und ein jeder hat seine Zeit,“ sagte der Strandhafer. „Zeit ist die meine gekommen.“

Und das Gras wuchs. Ein Hügelchen hier und ein Hügelchen da.

Immer mehr Ausläufer schossen mit fabelhafter Geschwindigkeit auf und sättelten sofort Wurzel. Und bald wuchs das Gras hoch über die Salzkrauter weg und wuchs mitten zwischen ihnen und ringsum auf allen Seiten.

„Wir erfreuen!“ schrien die Salzkrautpflanzen.

„Das ist der Lauf der Welt,“ sagte das Gras. „Wenn man seine Pflicht getan hat, so ist man eben fertig und muß dem nächsten Platz machen.“

„Meer! Meer kommt und hilf mir!“ riefen die Salzkrauter.

Aber das Meer war weit weg und hörte sie nicht. Nie kam es zur Flutzeit bis dahin, wo das Gras stand. Es blieb weiter draußen, wo neue Salzkrauter waren, die Schildersammelten.

Dann starben die alten Salzkrauter, sie verfaulten und düngten den Boden, den der Lang bereit hatte. Der Strandhafer breitete sich nach und nach über das ganze Land aus, das sich aus dem Meer erhoben hatte. Und mitten dazwischen kamen andre Pflanzen hervor.

Da wuchsen Strandnelken und Strandastern mit hohen Stielen und violetten Blüten; die Biene umsummten sie und sogen Honig aus ihnen. Da wuchs Meerminz Kraut und Sandkraut und Meerstrandvegetat und noch manches andre.

Die Meewen brüteten auf dem Lande und dingen es, so daß es mit jedem Tage fruchtbar wurde. Pflanzen kamen herangetrieben und Lang und was sonst noch im Meer schwamm, und das alles sammelte sich an und machte das neue Land höher und stärker.

Und so, wie der Strandhafer die Salzkrauter ersticht hatte, so kam auch der Tag, wo der Strandhafer weichen mußte.

Das Garrigraß nahm seinen Platz ein. Und Schwingel und Beifuß.

„Legt gauß ich beinahe, daß es am besten ist, wenn ich ein wenig helfe,“ sagte der Bauer. „Hier kann eine schöne Wiese entstehen, wenn ich Glück habe.“

Über weit draußen rief das Meer, das an diesem Tage ziemlich unruhig war: „Vergiß nie, daß du das neue Land von mir bekommen hast. Wenn jemand dir erzählen will, daß ich böse sei und nur Unglück anstrebe, so geige ihnen deine neue Wiese und sage ihnen, daß das gute Meer sie dir geschenkt hat.“

„Das werde ich besorgen,“ sagte der Bauer; „I Wenn deine Großmächtigkeit das nur nicht eines Tages vergißt, und wenn du nicht mit der einen Hand nimmst, was du mit der andern gibst. Ich halte es für das Beste, die Wiese mit einem kleinen Deich eingufüdig, für den Fall, daß du dich in einem Augenblick der Erregung vergessen solltest.“

„Darin steht etwas Richtiges,“ sagte das Meer. „Von du nur einen Deich, der mich daran erinnern kann, daß es mein Land ist, wenn ich es vergessen sollte. Du weißt ja wohl: wenn ich ernstlich böse werde, so müssen dir die Karrchenposen nichts.“

„Das weiß ich wohl,“ sagte der Bauer. „Ich entsinne mich.“

„Gut,“ sagte das Meer, das nicht gern an seine Ausbrüche erinnert wurde, besonders wenn es unruhig war.

Der Bauer baute die Deiche und machte sie so hoch, wie er konnte. Er grub und drainierte und säte Rottiergras. Jahr auf Jahr wurde das Land fruchtbarer und grüner. Es war bald voll roter Kühe, die bis zum Bauch im Grase gingen und sich festzogen.

Eines Tages, als er grub, stieß sein Spaten auf etwas Hartes. Er nahm den Gegenstand auf und betrachtete ihn. Es war ein großes Stück rottiges Eisen; und er erkannte, daß es einmal eine Wetterfahne gewesen war.

„Gott mag wissen, wo du einmal gesessen und dich gedreht hast,“ sagte er. „Vergoldet bist du vielleicht gewesen. Du hast eine so vornehme Form.“

Damit warf er das Ding auf den Deich und vergaß es.

Nah auf Jahr verging, und ein Bauer folgte dem andern. Das neue Land war nicht von dem alten zu unterscheiden. Hübsch und grün lag es hinter den Deichen, die die Menschen fortwährend stärker machen lernten, so daß sie dem Meere besser widerstehen konnten, wenn es kam; und das tat es ja hin und wieder.

Ringsum in der Marsch — so hieß das Land — lagen reiche Höfe. Aus weiter Ferne kamen magere Kühe, welche in dem saftigen Grase, fraßen sich fest und wurden zum Schlachter gefordert.

Und vor den Deichen lag das Meer und hatte seine Ebbe und Flut und spülte über Salzkrauter hin, die Schilder sammelten, neues Land bildeten und vor dem Strandhafer ersticht wurden — genau so wie früher. Das bleibt immer dasselbe.

Dann kam ein Tag, wo einmal ein Hänfling in dem Niederstraus im Garten des Bauers saß. Er war auf dem Weg nach dem Süden, denn es war Herbst; seine Kinder waren längst fliegen, und die Fliegen begannen spärlicher zu werden.

„Das ist ein schönes Land,“ sagte er und sah über all das Grün hin. „Wären hier mehr Bäume, so hätte ich Lust, hier zu wohnen, wenn ich im Herbst zurückkomme.“

„Ich bin das schönste Land der Welt!“ sagte die Marsch. „Doch ich bin auch auf selbstsame Art entstanden. Aus dem Meer bin ich emporgestiegen. Das Meer hat mich gebildet. Vögel und Fische, Tiere und Salzkrauter und tausend andre Tiere und Pflanzen haben mir jeder sein Scherlein gegeben. Darum bin ich schöner und merkwürdiger als alle andern Teile der Erde.“

„Hat das Meer dich gebildet?“ fragte der Hänfling. „Wie merkwürdig! Ich habe immer gedacht, das Meer tut nur böses. Darüber muß ich etwas Näheres hören. Erzähl. Ich habe Zeit. Die Sonne scheint heute so warm, und ich habe hier im Garten siebzehn Fliegen gefunden. Heute nacht reise ich weiter.“

Und die Marsch erzählte, wie alles zugegangen war.

„Hörst du das Meer draußen hinter den Deichen?“ fragte sie zuletzt. „Das ist meine Mutter. Ihr verdanke ich das Leben. Geduldig hat sie Millionen kleiner Stücke Lehmb und Sand und Kreide zusammengetragen, um mich daraus zu bauen. Sie hat mich mit ihren eigenen Pflanzen gedüngt. Sie blieb stillstehen, damit das alles Zeit finden zu sintern, damit ich fest und gut würde.“

„Ja,“ sagte der Hänfling. „Ich kenne auch eine Geschichte vom Meere. Die sollst du jetzt hören. Es war viele, viele Meilen weit von hier; und es ist viele, viele Jahre her. Es war ein Land, so schön wie du, aber ganz anders. Das ragte mit weißen Felsen zum Himmel auf und trug grüne Wälder, gelbes Getreide und lippiges Gras. Im Walde sangen die Vögel, und die Hirsche sprangen. Die Bauern pflügten ihren Boden, und überall dufteten die Blumen. Ganz zu Anfang am Felsen hatte der Gutsdiener sein Schloß erbaut. Mit Türmen und Binnen und goldenen Wetterfahnen ragte es in die Lüfte.“

„Das Land möchte ich sehen,“ sagte die Marsch.

„Du kannst nicht hinkommen,“ sagte der Hänfling. „Denn jenes Land existiert nicht mehr. Es ist eines Tages zusammengefügt, und das Meer ist schuld daran.“

„Du läufst,“ sagte die Marsch. „So etwas könnte das Meer niemals tun. Es kann wohl hier und da einmal böse werden und bis über die Deiche hinauspritschen. Ich habe auch den Bauer erzählen hören, daß es eines Nachts zur Zeit seines Urgroßvaters ganz über mich hereingebrochen ist. Doch am nächsten Tage ließ es wieder durch die Schleusen hinaus und lag hübsch da und baute Land wie früher.“

„Ich läge nicht,“ sagte der Hänfling. „Höre weiter. Jeden Tag nahm das Meer ein Stück Kreide von dem Felsen fort und häufte ihn so völlig aus. Dann schüttete sich das Meer mit aller Gewalt und nahm einen Anlauf, und dann stürzte das Felsen ein. Menschen und Tiere und Bäume und Blumen fielen nieder und wurden zerschmettert. Die Burg fiel ein mit ihren Türmen und Binnen und goldenen Wetterfahnen. Am nächsten Tage überspülte das Meer das Ganze in aller Ruhe, als ob nichts geschehen wäre.“

„Ich glaube dir trotzdem nicht,“ sagte die Marsch. „Woher weißt du das?“

„Ich habe es von meiner Ururururgroßmutter,“ sagte der Hänfling. „Die hatte ihr Nest in einer wunderschönen Buche, fünfzehn Junge hatte sie und dann natürlich einen Mann. Die stürzten alle nieder und kamen in den Wellen um. Sie selbst wurde durch ein reines Wunder gerettet. Aber die Katastrophe hatte sie so erschüttert, daß sie sie nie vergaß. Als sie im nächsten Jahr aus Italien zurückkehrte und einen neuen Mann nahm und sechs neue Kinder bekam, da erzählte sie es ihnen. Die haben es ihren Kindern erzählt. Und so ist es bis zur heutigen Zeit übergegangen.“

„Das ist eine Wetterfahne!“ sagte er. „Und zwar eine feine Wetterfahne ist es gewesen. Vielleicht war sie auf dem Schloss am Felsen angebracht. Du solltest das Meer einmal fragen.“

Die Marsch lag ein Weilchen da und dachte nach. Das Meer war unruhiger als gewöhnlich. Ob und zu welcher Höhe schwam über den Deich auf.

„Hör einmal das sanfte Meer,“ sagte der Hänfling höhnisch.

„Meer!“ rief die Marsch.

„Läß mich!“ rief das Meer zurück. „Ich bin heute wütend und weiß nicht, was ich tue.“

Da rief die Marsch: „Allesamt habe ich dich als meine milde Mutter verehrt und dir gedankt, daß du mir das Leben gegeben hast. Nun sieht hier ein Hänfling, der erzählt, du seist böse und wild und habest ein entsetzliches Unglück angerichtet.“

„Ich mache, was ich will,“ sagte das Meer. „Sende den Hänfling zu mir heraus, so werde ich ihn ertränken.“

„Hör mal an!“ rief der Hänfling. „Es das wahr, daß du vor vielen Jahren ein prachtvolles Felsenhaus mit Schloß, Bauern, Hirschen und Wäldern und einer ganzen Hänflingefamilie vernichtet hast?“

„Das wird wohl stimmen,“ antwortete das Meer. „Was weiß ich noch von den alten Geschichten! Ich mache, was ich will.“

„Ist das die Windfahne des Schlosses, die da auf dem Deich liegt?“ rief die Marsch.

„Wenn da eine Windfahne liegt, so hat sie wohl mal irgendwo gesessen,“ sagte das Meer. „Was soll all das Gerede? Du bist mein Land. Ich habe dich gebaut; und was in dir ist, hast du von mir erhalten. Läß mich aufrücken. Und hilf dich!“

„Hörst du es?“ rief der Hänfling.

Die Marsch dachte nach. Die Dämmerung brach herein. Die Kühe legten sich im hohen Grase nieder, um wiederzulauen. Der Bauer stand in seiner Tür und sah nach Westen.

„Der Himmel sieht schlimm aus,“ sagte er. „Und das Meer ist heut abend sehr unruhig. Wenn wir zur Nacht nur kein Gewitter bekommen!“

„Ich bleibe bis morgen hier,“ sagte der Hänfling. „Läß uns noch ein bißchen zusammen plaudern, Marsch. Ich verstehe recht gut, daß du es sagst. Es ist niemals amüslant, von seinen Nächsten so etwas zu entbeden. Aber die Wahrheit ist die Hauptfrage.“

Die Marsch lag schweigend da und dachte nach. Der Abend rückte vor. Der Bauer schlief und mit ihm die Seinen. Im Busche schlief auch der Hänfling. Das Meer aber brüllte lauter und lauter. Wilde Wölfe jagten am Himmel dahin.

Da mit einmal erwachte die Marsch aus ihren Schatten.

„Du böses Meer!“ rief sie.

„Was sagst du?“ brüllte das Meer. „Bist du von Sinnen? Schißt du mich aus, der ich dir das Leben gegeben?“

„Du böses Meer!“ rief die Marsch wieder. „Dieb! Eignerl Henckler! Kehl Körnchen von dem, was du mir gabst, ist dein Eigentum. Du hast jeden Zehn von mir geraubt. Dieb! Eignerl Henckler! Den Fels zertrümmerst du und trugst ihn herüber und spielt mit deiner Beute! Ich kenne dich, und ich verachte dich.“

„Hast du?“ brüllte das Meer, und all die weißen Wogen lärmten sprangen auf den Deichrand. „Das Felsenhaus habe ich erbaut, und dich habe ich erbaut. Das Felsenhaus habe ich niedergestossen, und dich reiße ich nieder, sobald es mir Spaß macht.“

„Dieb! Eignerl Henckler!“ schrie die Marsch.

„Es war, als ob das Meer vor Wut einen Augenblick still würde. Aber dann erhob es sich mit all seiner Macht.“

„Rieder mit dir, du unhandbares Kind!“ schrie es.

Es durchbrach die Deiche und stürzte auf die Marsch los. Es zerbrach die Schleusenpfähle, die Bäume und alles, was ihm in den Weg trat. Es überwältigte das Gebüsch des Bauern, so daß er und die Seinen in ihren Betten „rannten, wie die Kühe auf der Wiese entrennen waren.“

Das ganze spielte sich so schnell ab, daß es gar nicht zu verstehen war. Eine Stunde, nachdem es begonnen hatte, standen die Marsch und noch viel mehr Land unter Wasser. Nur die höchsten Kirchtürme ragten noch auf. Kein lebendes Wesen war übriggeblieben.

Auf der Flaggenstange im Garten des Bauern saß der Hänfling.

Nur er entging er dem Wasser. Er schlug mit den Flügeln, war ganz verwirrt vor Schreck und konnte nicht fliegen.

„Du böses Meer!“ schrie er.

„Ich mache, was ich will,“ sagte das Meer.

Es schlug über dem Hänfling zusammen, und nun war alles begraben.

## Der Mensch als Richter über die Tiere.

Nachdruck verboten.

Von einem guten Richter muß man mit Recht zweierlei verlangen, einmal, daß er sachlich ist, also sich durch vorgefasste Meinungen nicht beeinflussen läßt, sobald, daß er das zugrunde liegende Material vollkommen beherrscht. Denn eine genaue Kenntnis des Tatbestands ist die unumgänglich erforderliche Voraussetzung eines gerechten Urteils, das gute Herz allein macht es nicht.

Wie steht es nun mit den Urteilen der Menschen über die Tiere, insbesondere ihre Handlungen? Nehmen wir einmal an, daß ein auffällig und vornehm denkender Mensch ganz sachlich über Tiere urteilen will, dann taucht unwillkürlich die Frage auf: Besitzen wir überhaupt eine genügende Kenntnis des Tierlebens, um darüber ein Urteil fällen zu können? Man wird diese Frage im allgemeinen verneinen müssen, wie sich aus dem Nachstehenden ergibt wird.

Ich möchte nämlich den Nachweis führen, daß es überall von schwieigen Urteilen über Handlungen und Eigenschaften der Tiere wimmelt. Wie sind noch sehr weit davon entfernt, dem Tiere gegenüber wirkliche Gerechtigkeit walten zu lassen.

Dabei bringt die Kultur mit ihren täglich wachsenden Fortschritten es notgedrungen mit sich, daß die Tierwelt immer mehr zurißigdrängt wird, dem Kulturmenschen daher die Gelegenheit zu Beobachtungen fast gänzlich genommen wird. Aber selbst wo die Menschen in enger Vergleichung zu den Tieren stehen, sind irrite Urteile über Tiere etwas ganz Gewöhnliches. Bei den Naturvölkern, insbesondere den Jägern, spielt bekanntlich die Tierwelt die allergrößte Rolle. Schon die leidige Magenfrage zwinge sie dazu, dem Geboren der für ihre Küche bestimmten Tiere die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Da sie die meiste Zeit und die beste Gelegenheit haben, die Tiere zu beobachten, so müßte man ohne weiteres annehmen, daß sie auch die Tierwelt am richtigsten beurteilen können. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Man kann den Beweis, daß die Kenntnis der Tierwelt nicht ohne weiteres die Fähigkeit zu ihrer richtigen Beurteilung gibt, leicht in folgender Weise führen.

Die alten Griechen und Römer haben doch unzweifelhaft der Tierwelt näher gestanden als wir. Trocken wimmelt es in ihren Berichten von irriegen Schlüssen aus dem Tierleben. Ich greife einige nach Belieben heraus. Homer, der sonst ein vorzüchlicher Tierkenner ist, berichtet von den Schlangen, daß sie sich von giftigen Kräutern nähren. Es gibt wohl kaum eine Schlangenart, die Vegetabilien frischt, folglich muß der gute Homer hier geblödet haben. Über wir verstecken sehr wohl, wie leicht er zu diesem irriegen Schluss gelangen konnte. Es war ihm bekannt, daß viele Sch

